

# **BR/GT I/52 d/70**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**



- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf einer Ausführungsordnung  
zum Übereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

(Vorschläge zu den Artikeln 64 bis 130 des  
Übereinkommens)

in synoptischer Darstellung mit

- dem Vorentwurf einer Ausführungsordnung zum Abkommen über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" (unveröffentlichtes Arbeitsdokument 4419/IV/63 vom 20. Januar 1964).
- der Verfahrensregelung zum Vertrag über die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT)



Abkommensvorentwurf von 1962

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" und veröffentlicht im Jahre 1962.

Abkommensvorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65 der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

Erster Vorentwurf

bedeutet: Erster Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren, veröffentlicht im Jahre 1970 auf Beschluß der Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens.

Berichte

bedeutet: Berichte der Delegationen der Arbeitsgruppe I über die Vorschriften des Ersten Vorentwurfs, vorgetragen auf der 2. Tagung der Regierungskonferenz vom 13. bis 16. Januar 1970 und veröffentlicht im Jahre 1970.

2. Tagungsbericht

bedeutet: Bericht über die 2. Tagung der Regierungskonferenz (unveröffentlichtes Arbeitsdokument BR/26/70 vom 30. Januar 1970).

Vorentwurf von 1964

bedeutet: Vorentwurf einer Ausführungsordnung zum Abkommen über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" (unveröffentlichtes Arbeitsdokument 4419/IV/63 vom 20. Januar 1964).

PCT

bedeutet: Vertrag über die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, unterzeichnet in Washington am 19. Juni 1970.

PCT-Verfahrensregelung

bedeutet: Verfahrensregelung zum Vertrag über die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens.



- + auf der rechten Seite bedeutet, daß der Text der linken Seite unverändert übernommen worden ist. Statt "Abkommen" ist im Vorschlag "Übereinkommen" zu lesen.
- unter dem Text auf der linken Seite bedeutet, daß der unterstrichene Text auf der rechten Seite entfällt.
- unter dem Text auf der rechten Seite bedeutet, daß der unterstrichene Text gegenüber dem Vorentwurf von 1964 neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

4  
Zu Artikel 66

Nummer 0

Übermittlung europäischer Patentanmeldungen

---

Vorentwurf von 1964

---

Die Einreichung europäischer Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt und bei den in Artikel 66 Absatz 1 Buchstabe b) des Abkommens genannten Behörden kann unmittelbar oder durch die Post bewirkt werden.



5

Zu Artikel 64  
(früher Artikel 66)  
Nummer 1

Übermittlung europäischer Patentanmeldungen

---

Vorschlag

---

+ (Artikel 64)

Zu Artikel 66

## Nummer 1

Zeitpunkt des Eingangs europäischer Patentanmeldungen

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Das Europäische Patentamt vermerkt bei europäischen Patentanmeldungen, die bei ihm während der Dienstzeit eingereicht werden, auf den in Artikel 68 Absatz 1 des Abkommens genannten Unterlagen den Tag, die Stunde und die Minute ihres Eingangs beim Europäischen Patentamt ohne Rücksicht darauf, ob die Unterlagen unmittelbar eingereicht oder durch die Post übermittelt worden sind. Für die Anmeldungen, die außerhalb der Dienststunden eingereicht werden, trifft das Europäische Patentamt Vorkehrungen, um den Tag des Eingangs feststellen zu können; diese Anmeldungen gelten als eine Minute vor Dienstbeginn beim Europäischen Patentamt eingegangen, wenn sie vor diesem Zeitpunkt eingereicht worden sind; sie gelten als um 24 Uhr eingegangen, wenn sie nach dem Zeitpunkt des Dienstschlusses beim Europäischen Patentamt oder an einem dienstfreien Tag eingereicht worden sind.

(2) Für die europäischen Patentanmeldungen, die bei den in Artikel 66 Absatz 1 Buchstabe b) des Abkommens genannten Dienststellen eingereicht werden, stellen diese Dienststellen den Tag, die Stunde und die Minute des Eingangs der Anmeldungen fest, die während der Dienststunde eingereicht werden. Für die Anmeldungen und gegebenenfalls für die Anmeldungen, die außerhalb der Dienststunde eingereicht werden, wird der Zeitpunkt des Eingangs gemäß den Vorschriften festgestellt, die auf nationale Patentanmeldungen Anwendung finden.

Zu Artikel 64  
(früher Artikel 66)

Nummer 2

Tag des Eingangs europäischer Patentanmeldungen

---

Vorschlag

---

(1) Das Europäische Patentamt vermerkt bei europäischen Patentanmeldungen, die bei ihm eingereicht werden, auf den in Artikel 66 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Unterlagen den Tag ihres Eingangs beim Europäischen Patentamt.

(2) Für die europäischen Patentanmeldungen, die bei den in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens genannten Dienststellen eingereicht werden, stellen diese Dienststellen den Tag des Eingangs der Anmeldungen gemäß den Vorschriften fest, die auf nationale Patentanmeldungen anzuwenden sind.

Bemerkungen:

1. Es stellt sich die Frage, ob nicht in Absatz 1 die Vorschriften über die Voraussetzungen und Fristen einer stufenweisen Einreichung der Unterlagen der internationalen Anmeldung übernommen werden sollten; in diesem Fall würde die Anmeldung als an dem Tag eingereicht gelten, an dem die letzte angeforderte Unterlage eingeht. - Artikel 68 des Ersten Vorentwurfs scheint dieses in Artikel 11.2 PCT vorgesehene Verfahren nicht auszuschließen.
2. Aus praktischen Erwägungen verweist Absatz 2 hinsichtlich der Feststellung des Tags des Eingangs der europäischen Patentanmeldungen bei nationalen Behörden auf das nationale Recht. - Es erscheint in der Tat als schwierig, eine Angleichung dieser Vorschriften an die Vorschriften über die direkte Einreichung bei dem Europäischen Patentamt vorzusehen, so wünschenswert eine solche Angleichung auch erscheinen mag.
3. Wie in Regel 20.1 PCT-Verfahrensregelung ist in den Absätzen 1 und 2 der "Tag" des Eingangs und nicht - wie im Vorentwurf von 1964 - die Stunde und Minute dieses Eingangs vorgesehen. Daher stellt sich die Frage des Eingangs außerhalb der Dienststunden nicht mehr.

Zu Artikel 66

## Nummer 2

Empfangsbescheinigung für europäische Patentanmeldungen

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die in Artikel 66 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen erteilen dem Anmelder eine Bescheinigung über den Eingang der europäischen Patentanmeldung, in der mindestens der Name, die Vornamen und der Wohnsitz des Anmelders, das Aktenzeichen, die Bezeichnung der Erfindung sowie der Tag, die Stunde und die Minute des Eingangs der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung angegeben sind.

(2) Die in Artikel 66 Absatz 1 Buchstabe b) des Abkommens genannten Stellen übersenden dem Europäischen Patentamt unverzüglich ein Doppel der in Absatz 1 vorgesehenen Bescheinigung über den Eingang der europäischen Patentanmeldung oder einen Auszug aus dieser Bescheinigung, in dem mindestens der Name, die Vornamen und der Wohnsitz des Anmelders, das Aktenzeichen sowie der Tag, die Stunde und die Minute des Eingangs der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung angegeben sind.

Zu Artikel 64  
(früher Artikel 66)

Nummer 3

Empfangsbescheinigung für europäische Patentanmeldungen

---

Vorschlag

---

(1) Die in Artikel 64 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Stellen erteilen dem Anmelder eine Bescheinigung über den Eingang der europäischen Patentanmeldung, in der mindestens der Name, die Vornamen oder die amtliche Bezeichnung und die Anschrift des Anmelders, das Aktenzeichen, die Bezeichnung der Erfindung sowie der Tag des Eingangs der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung angegeben sind.

(2) Die in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens genannten Stellen übersenden dem Europäischen Patentamt unverzüglich ein Doppel der in Absatz 1 vorgesehenen Bescheinigung über den Eingang der europäischen Patentanmeldung oder einen Auszug aus dieser Bescheinigung, in dem mindestens der Name, die Vornamen oder die amtliche Bezeichnung und die Anschrift des Anmelders, das Aktenzeichen sowie der Tag des Eingangs der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung angegeben sind.

Bemerkung:

Der sich auf juristische Personen beziehende Ausdruck ist der Regel 4 PCT-Verfahrensregelung angeglichen worden.

Zu Artikel 66

## Nummer 3

Einreichung europäischer Patentanmeldungen bei den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Wird die europäische Patentanmeldung von mehreren Personen eingereicht, die ihren Wohnsitz oder Sitz in verschiedenen Vertragsstaaten haben, und hat nur einer dieser Vertragsstaaten Vorschriften gemäß Artikel 66 Absatz 2 des Abkommens erlassen, so sind für die Einreichung der Patentanmeldung diese Vorschriften maßgebend.

(2) Wird die europäische Patentanmeldung von mehreren Personen eingereicht, die ihren Wohnsitz oder Sitz in verschiedenen Vertragsstaaten haben, und haben mehrere dieser Staaten Vorschriften gemäß Artikel 66 Absatz 2 des Abkommens erlassen, so gilt die europäische Patentanmeldung als in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieser Staaten eingereicht, wenn die Vorschriften eines dieser Staaten beachtet worden sind. / Die Anmelder sind verpflichtet, den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der anderen Vertragsstaaten, die Vorschriften gemäß Artikel 66 Absatz 2 des Abkommens erlassen haben, unverzüglich eine Abschrift der europäischen Patentanmeldung zur Unterrichtung zuzuleiten. 7

(3) Wird im Falle des Absatzes 2 die europäische Patentanmeldung nicht bei der zuständigen nationalen Behörde eingereicht, so haben die Anmelder dem Europäischen Patentamt innerhalb einer von der Prüfungsstelle zu bestimmenden Frist die zuständige nationale Behörde zu benennen, der die europäische Patentanmeldung gemäß Artikel 66 Absatz 3 des Abkommens zu übermitteln ist. Kommen die Anmelder dieser Verpflichtung nicht rechtzeitig nach, so weist die Prüfungsstelle die Anmeldung zurück.

Bemerkungen:

- ...
2. Ein Teil der Arbeitsgruppe wünscht die ersatzlose Streichung des in Klammern gesetzten Satzes, während ein anderer Teil der Arbeitsgruppe anstelle dieses Satzes eine Bestimmung aufnehmen möchte, wonach im Falle des Absatzes 2 eine vorherige Zustimmung der Vertragsstaaten verlangt wird, bei denen die Patentanmeldung nicht eingereicht wird.

Zu Artikel 64  
(früher Artikel 66)

Nummer 4

Einreichung europäischer Patentanmeldungen bei den zuständigen Behörden der  
Vertragsstaaten

---

Vorschlag

---

(1) + (Artikel 64)

Bemerkung:

Siehe Bemerkung 2 zu Artikel 66 Nr. 3 des  
Vorentwurfs von 1964.

(2) + (Artikel 64)

(3) + (Artikel 64)

Zu Artikel 67

Nummer 1

Unterbleiben der Weiterleitung europäischer Patentanmeldungen

---

Vorentwurf von 1964

---

Wird eine europäische Patentanmeldung gemäß den Vorschriften des Artikels 67 Absatz 3 des Abkommens nicht an das Europäische Patentamt weitergeleitet, so unterrichtet die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des betreffenden Vertragsstaats das Europäische Patentamt von dieser Tatsache.





Zu Artikel 65  
(früher Artikel 67)

Nummer 1

Unterbleiben der Weiterleitung europäischer Patentanmeldungen

---

Vorschlag

---

+ (Artikel 65 Absatz 4)

Bemerkung:

Diese Vorschrift sollte unter Berücksichtigung der Lösung, die zu Artikel 65 Absatz 5 Erster Vorentwurf angenommen wird, erneut geprüft werden.

#### Vorbemerkung zu den Vorschlägen zu Artikel 66

Die nachstehenden Vorschläge zu Artikel 66 Nummern 1 bis 6 betreffen Form und Inhalt der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung.

Die entsprechenden Vorschriften des Vorentwurfs von 1964 waren in den Nummern 1 bis 5 zu Artikel 68 enthalten.

Die neuen Vorschläge lehnen sich in Anordnung und Wortlaut sehr eng an die entsprechenden Regeln der PCT-Verfahrensregelung an. Während der Vorentwurf von 1964 Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung, der Beschreibung, der Patentansprüche und der Zeichnungen nacheinander behandelte, fassen die Vorschläge nach dem Beispiel der PCT-Verfahrensregelung die diesen verschiedenen Unterlagen gemeinsamen Formvorschriften in einer einzigen Vorschrift zusammen (Nummer 6 zu Artikel 66). Im übrigen gehen die neuen Vorschläge viel mehr ins einzelne als die alten Vorschriften.

Daher erschien es zwar als notwendig, im Vergleich zu diesen Vorschlägen die entsprechenden Vorschriften der PCT-Verfahrensregelung aufzuführen, hingegen nicht als erforderlich, wie sonst in dieser Arbeitsunterlage auch die Vorschriften des Vorentwurfs von 1964 darzustellen. Jedoch ist der Text dieser Vorschriften in einer Anlage I zu dieser Vorbemerkung enthalten, der eine Konkordanzliste mit den neuen Vorschlägen (Anlage II) beigefügt ist <sup>1)</sup>.

1) Die beiden Anlagen bilden eine gesonderte Unterlage.

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 1

Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>3.1</u> Für den Antrag ist ein gedrucktes Formblatt zu benutzen.</p> <p><u>3.2</u> Vorgedruckte Formblätter werden den Anmeldern von den Anmeldeämtern oder, wenn das Anmeldeamt dies wünscht, vom Internationalen Büro gebührenfrei zur Verfügung gestellt.</p> <p><u>4.1</u> (a) Der Antrag hat zu enthalten:</p> <p style="padding-left: 40px;">(i) ein Antragsersuchen,</p> <p><u>4.2</u> Das Antragsersuchen soll sinngemäß folgendes zum Ausdruck bringen und ist vorzugsweise wie folgt zu fassen:</p> <p style="padding-left: 40px;">"Der Unterzeichnete beantragt, daß die vorliegende internationale Anmeldung nach dem Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens behandelt wird."</p> <p><u>4.1</u> (a) Der Antrag hat zu enthalten:</p> <p style="padding-left: 40px;">(ii) die Bezeichnung der Erfindung,</p> <p><u>4.3</u> Die Bezeichnung der Erfindung ist kurz (vorzugsweise zwei bis sieben Worte, wenn sie in englischer Sprache abgefaßt ist, oder in die englische Sprache übersetzt werden würde) und genau zu fassen.</p>	<p>(1) Der Antrag auf Erteilung des europäischen Patents ist schriftlich auf einem vom Europäischen Patentamt vorgeschriebenen Formblatt einzureichen. Vorgedruckte Formblätter werden vom Europäischen Patentamt gebührenfrei zur Verfügung gestellt.</p> <p>(2) Der Antrag muß enthalten:</p> <p>a) ein Ersuchen auf Erteilung eines europäischen Patents;</p> <p>b) die Bezeichnung der Erfindung, die kurz und genau ist / und keine Phantasiebezeichnung enthält /;</p> <p><u>Bemerkung zu b):</u> Der in / / gesetzte Ausdruck ist in der PCT-Verfahrensregelung nicht enthalten. Man war der Ansicht, daß bereits durch das Erfordernis, daß die Bezeichnung der Erfindung "genau ist",</p>

PCT-Verfahrensregelung

Vorschlag

Phantasiebezeichnungen ausgeschlossen seien. Es sollte geprüft werden, ob zur Vermeidung von Zweifeln der in / 7 gesetzte Ausdruck nicht doch beibehalten werden sollte.

4.1

(a) Der Antrag hat zu enthalten:

(iii) Angaben über den Anmelder, ...

4.5

(a) Der Antrag hat Namen, Anschrift, Staatsangehörigkeit sowie Sitz oder Wohnsitz des Anmelders oder, wenn mehrere Anmelder beteiligt sind, jedes Anmelders zu enthalten.

4.4

(a) Bei natürlichen Personen sind Familienname und Vorname(n) anzugeben, wobei der Familienname vor dem (den) Vornamen zu stehen hat.

(b) Bei juristischen Personen ist die volle amtliche Bezeichnung anzugeben.

c) die Angabe des Namens, der Anschrift, der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder Sitzes des Anmelders sowie gegebenenfalls die entsprechenden Angaben der gemäß Artikel 5 des Übereinkommens erforderlichen gewerblichen oder Handelsniederlassung.

Bei natürlichen Personen sind Familienname und Vornamen anzugeben, wobei der Familienname vor den Vornamen zu stehen hat.

Bei juristischen Personen und juristischen Personen gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellten Gesellschaften ist die amtliche Bezeichnung anzugeben.

Bemerkungen:

1. Zu c) Absatz 1:

Die vorgeschlagene Vorschrift ist der PCT-Regel 4.5 und Artikel 5 des Ersten Vorentwurfs angeglichen.

2. Zu c) Absatz 3:

Das in der PCT-Regel 4.4(b) enthaltene Adjektiv "volle" dürfte entsprechend den europäischen Bezeichnungsgrundsätzen nicht erforderlich sein.

## PCT-Verfahrensregelung

## Vorschlag

(c) Anschriften sind in der Weise anzugeben, daß die üblichen Anforderungen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift erfüllt sind und müssen in jedem Fall alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls bis zur Hausnummer (falls vorhanden) einschließlich enthalten. Fordert das nationale Recht des Bestimmungsstaates die Angabe der Hausnummer nicht, so hat die Nichtangabe der Nummer in diesem Staat keine Folgen. Es wird empfohlen, eine Telegramm- und Telexanschrift und die Telefonnummer ebenfalls anzugeben.

(d) Für jeden Anmelder, Erfinder oder Vertreter kann nur eine Anschrift angegeben werden.

4.5

(b) Die Staatsangehörigkeit des Anmelders ist durch Angabe des Namens des Staats anzugeben, dem der Anmelder angehört.

(c) Der Sitz oder Wohnsitz des Anmelders ist durch Angabe des Namens des Staats anzugeben, in dem der Anmelder seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

4.1

(a) Der Antrag hat zu enthalten:

(iii) Angaben über ... gegebenenfalls den Anwalt,

4.7

Sind Anwälte bestellt, so sind diese im Antrag durch Angabe ihrer Namen und ihrer Anschriften zu bezeichnen.

Anschriften sind in der Weise anzugeben, daß die üblichen Anforderungen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift erfüllt sind. Sie müssen in jedem Fall alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls bis zur Hausnummer einschließlich enthalten. Gegebenenfalls sollen Telegramm- und Telexanschriften und Telefonnummern angegeben werden.

Die Staatsangehörigkeit des Anmelders ist durch den Namen des Staats anzugeben, dem der Anmelder angehört.

Der Wohnsitz oder Sitz des Anmelders sowie gegebenenfalls der Sitz der gemäß Artikel 5 des Übereinkommens erforderlichen gewerblichen oder Handelsniederlassung sind durch den Namen des Staats anzugeben, in dem sich der genannte Wohnsitz oder Sitz oder die genannte Niederlassung befindet;

d) die Angabe des Namens, der Anschrift und des Geschäftssitzes des Vertreters des Anmelders, falls ein solcher bestellt ist. Buchstabe c Absätze 2, 3, 4 und 6 ist entsprechend anzuwenden;

PCT-Verfahrensregelung

Vorschlag

4.1

- (b) Der Antrag hat gegebenenfalls zu enthalten:  
(iii) eine Erklärung hinsichtlich der gewählten Schutzart,

4.12

- (a) Wünscht der Anmelder, daß seine internationale Anmeldung in einem Bestimmungsstaat nicht als Patentanmeldung, sondern als Antrag auf Erteilung einer der anderen in Artikel 43 genannten Schutzarten behandelt werden soll, so hat er dies im Antrag anzugeben.
- (b) Im Fall des Artikels 44 hat der Anmelder die beiden beantragten Schutzarten anzugeben; beantragt er in erster Linie eine der beiden Schutzarten, so hat er anzugeben, welche Art er in erster Linie und welche Art er hilfsweise beantragt.

4.1

- (b) Der Antrag hat gegebenenfalls zu enthalten:  
(i) einen Prioritätsanspruch

4.10

- (a) Die in Artikel 8 Absatz 1 genannte Erklärung ist in dem Antrag abzugeben; sie besteht aus einer Erklärung über die Beanspruchung der Priorität einer früheren Anmeldung und muß angeben:
- (i) wenn die frühere Anmeldung keine regionale oder internationale Anmeldung ist, den Staat, in dem sie eingereicht worden ist; wenn die frühere Anmeldung eine

- e) gegebenenfalls eine Erklärung, daß mit der Anmeldung die Erteilung eines Zusatzpatents begehrt wird oder daß es sich um eine Teilanmeldung handelt. In diesem Fall sind im Antrag die Nummer der Patentanmeldung oder das Patent anzugeben, auf welche sich die Patentanmeldung bezieht;

- f) im Falle des Artikels 16 des Übereinkommens die Nummer der früheren Patentanmeldung;

- g) gegebenenfalls eine Erklärung darüber, daß die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch genommen wird. In der Erklärung muß der Tag, der Staat und, falls bereits bekannt, das Aktenzeichen der ersten Anmeldung angegeben sein; die Erklärung hat neben diesen Angaben die Angabe des Namens, der Vornamen und des Wohnsitzes oder der amtlichen Bezeichnung und des Sitzes des Inhabers der Anmeldung, deren Priorität in Anspruch genommen wird, zu enthalten, sofern dieser mit dem Inhaber der europäischen Patentanmeldung nicht personengleich ist;

PCT-Verfahrensregelung

Vorschlag

regionale oder internationale Anmeldung ist, den Staat oder die Staaten, für die sie eingereicht worden ist;

(ii) Den Tag der Einreichung der früheren Anmeldung;

(iii) das Aktenzeichen, unter dem die frühere Anmeldung eingereicht worden ist und

(iv) wenn die frühere Anmeldung eine regionale oder internationale Anmeldung ist, das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, bei der sie eingereicht worden ist.

4.1

(a) Der Antrag hat zu enthalten:

(iv) die Bestimmung von Staaten .

4.9

Vertragsstaaten sind im Antrag durch ihre Namen zu bestimmen.

h) die Benennung des Vertragsstaats oder der Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird;

Bemerkung zu h):

Siehe Artikel 67 Absatz 1 des Ersten Vorentwurfs.



PCT-Verfahrensregelung

Vorschlag

4.8

- (a) Sind mehrere Anmelder vorhanden und ist in dem Antrag kein Anwalt angegeben, der alle Anmelder vertritt (gemeinsamer Anwalt), so ist im Antrag ein Anmelder, der nach Artikel 9 zur Einreichung einer internationalen Anmeldung berechtigt ist, als gemeinsamer Vertreter zu bezeichnen.

- i) sind mehrere Anmelder vorhanden und ist in dem Antrag kein gemeinsamer Vertreter angegeben, so ist im Antrag ein Anmelder oder gegebenenfalls einer der angegebenen Vertreter als gemeinsamer Vertreter zu bezeichnen;

Bemerkung zu i):

1. Diese Bestimmung ist entgegen der Regel 4.8 (a) PCT auch auf die im Antrag angegebenen Vertreter anzuwenden; dies dürfte jedoch keine sachliche Änderung gegenüber der Regel 4.8 (a) PCT bedeuten, da gemäß der Regel 2.1 PCT unter "Anmelder" auch der Vertreter zu verstehen ist.
2. Regel 4.8 (b) PCT, derzufolge der Anmelder, der in dem Antrag als erster genannt ist, als gemeinsamer Vertreter gilt, wenn der Antrag nicht die Voraussetzungen der Regel 4.8 (a) PCT erfüllt, ist an dieser Stelle nicht aufgenommen worden. Eine entsprechende Vorschrift kann zu dem Artikel vorgeschlagen werden, der Artikel 161 des Abkommensvorentwurfs von 1965 (Zustellung) entspricht.

4.1  
(d) Der Antrag muß unterzeichnet sein.

4.15  
Der Antrag ist durch den Anmelder zu unterzeichnen.

2.1  
Die Bezeichnung "Anmelder" ist so auszulegen, daß sie auch einen Anwalt oder anderen Vertreter des Anmelders umfaßt, sofern sich das Gegenteil nicht eindeutig aus der Fassung oder der Art der Bestimmung oder aus dem Zusammenhang ergibt, in dem diese Bezeichnung verwendet wird, wie beispielsweise in den Fällen, in denen sich die Bestimmung auf den Sitz, den Wohnsitz oder die Staatsangehörigkeit des Anmelders bezieht.

3.3  
(a) Das vorgedruckte Formblatt enthält eine Liste, die ausgefüllt über folgendes Auskunft gibt:  
(i) die Gesamtblattzahl der internationalen Anmeldung und die Blattzahl jedes Bestandteils der internationalen Anmeldung (Antrag, Beschreibung, Ansprüche, Zeichnungen, Zusammenfassung),

4.17  
(u) Der Antrag darf keine weiteren als die in den Regeln 4.1 bis 4.16 aufgeführten Angaben enthalten.

k) die Unterschrift des Anmelders oder Vertreters;

1) eine Liste über die dem Antrag beigelegten Anlagen; in dieser Liste sind auch die Gesamtblattzahl der europäischen Patentanmeldung und die Blattzahl jedes Bestandteils der Anmeldung (Antrag, Beschreibung, Patentansprüche und Zeichnungen) anzugeben.

(3) Der Antrag darf keine weiteren Angaben als die in Absatz 2 aufgeführten Angaben enthalten.

Bemerkung:

Es ist zu prüfen, ob Absatz 3 für das europäische Patenterteilungsverfahren zweckmäßig ist.

Zu Artikel 66

(früher Artikel 68)

Nummer 2

Inhalt der Beschreibung

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>5.1</u></p> <p>(a) In der Beschreibung ist am Anfang die im Antrag genannte Bezeichnung der Erfindung zu erwähnen und</p> <p>(i) ist das technische Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht, anzugeben;</p> <p>(ii) ist der bisherige Stand der Technik anzugeben, soweit er nach der Kenntnis des Anmelders für das Verständnis der Erfindung, die Recherche und die Prüfung als nützlich angesehen werden kann, vorzugsweise sind auch Fundstellen anzugeben, aus denen sich dieser Stand der Technik ergibt;</p> <p>(iii) ist die Erfindung, wie sie in den Ansprüchen gekennzeichnet ist, so darzustellen, daß danach die technische Aufgabe (auch wenn sie nicht ausdrücklich als solche genannt ist) und deren Lösung verstanden werden kann; außerdem sind gegebenenfalls die vorteilhaften Wirkungen der Erfindung unter Bezugnahme auf den bisherigen Stand der Technik anzugeben;</p> <p>(iv) sind die Abbildungen der Zeichnungen, falls solche vorhanden sind, kurz zu beschreiben;</p>	<p>(1) Die Beschreibung muß übersichtlich geordnet, sprachlich richtig und knapp abgefaßt sein. Sie ist in unpersönlicher Form zu halten.</p> <p>(2) In der Beschreibung ist am Anfang die im Antrag genannte Bezeichnung der Erfindung zu erwähnen und</p> <p>a) ist das technische Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht, anzugeben;</p> <p>b) ist der bisherige Stand der Technik anzugeben, soweit er nach der Kenntnis des Anmelders für das Verständnis der Erfindung, die Erstellung des Berichts über den Stand der Technik und die Prüfung als nützlich angesehen werden kann; es sollen auch die Fundstellen angegeben werden, aus denen sich dieser Stand der Technik ergibt;</p> <p>c) ist die Erfindung, wie sie in den Ansprüchen gekennzeichnet ist, so darzustellen, daß danach die technische Aufgabe, auch wenn sie nicht ausdrücklich als solche genannt ist, und deren Lösung verstanden werden können; außerdem sind gegebenenfalls die vorteilhaften Wirkungen der Erfindung unter Bezugnahme auf den bisherigen Stand der Technik anzugeben;</p> <p>d) sind die Abbildungen der Zeichnungen, falls solche vorhanden sind, kurz zu beschreiben;</p>

PCT-Verfahrensregelung

Vorschlag

(v) ist wenigstens der nach Ansicht des Anmelders beste Weg zur Ausführung der beanspruchten Erfindung anzugeben; dies soll, wo es angebracht ist, durch Beispiele und gegebenenfalls unter Bezugnahme auf Zeichnungen geschehen; fordert das Recht eines Bestimmungsstaats nicht die Beschreibung des besten Weges, sondern läßt es die Beschreibung irgendeines Weges zur Ausführung, gleichgültig, ob er als der beste angesehen wird, genügen, so hat die Nichtangabe des besten Weges zur Ausführung in diesem Staat keine Folgen;

(vi) ist, wenn es sich aus der Beschreibung oder der Art der Erfindung nicht offensichtlich ergibt, ausdrücklich anzugeben, in welcher Weise der Gegenstand der Erfindung gewerblich verwertet und in welcher Weise er hergestellt und angewendet werden kann oder, wenn er nur angewendet werden kann, in welcher Weise er angewendet werden kann; der Begriff "gewerblich" ist wie in der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums im weitesten Sinne zu verstehen.

e) ist wenigstens der nach Ansicht des Anmelders beste Weg zur Ausführung der beanspruchten Erfindung anzugeben; dies soll, wo es angebracht ist, durch Beispiele und gegebenenfalls unter Bezugnahme auf Zeichnungen geschehen. [Dabei sind die bereits bekannten von den neuen Einzelheiten klar zu unterscheiden;]

Bemerkung:

Es sollte geprüft werden, ob der in [ ] gesetzte Satz, der aus dem Vorentwurf von 1964 übernommen worden ist (zu Artikel 68 Nr. 3 Absatz 2 Buchstabe d), beibehalten werden soll.

Mit Ausnahme dieser in [ ]gesetzten Vorschrift und des Absatzes 1 stellt der vorgeschlagene Text, der den entsprechenden Vorschriften des PCT entspricht, eine erhebliche Erweiterung des Inhalts des Vorentwurfs von 1964 dar (zu Artikel 68 Nr. 3 Absatz 2 Buchstaben a bis d).

f) sollen die Möglichkeiten der gewerblichen Anwendbarkeit angegeben werden; der Begriff "gewerblich" ist im Sinne der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums zu verstehen.

Bemerkung:

Der zu Absatz f vorgeschlagene Text, der auf den des Vorentwurfs von 1964 zurückgeht (zu Artikel 68 Nr. 3 Absatz 2 Buchstabe d), ist kürzer als die entsprechende Vorschrift des PCT, von der er jedoch die Definition des Begriffs "gewerblich" unter Bezugnahme auf die PVU übernimmt.

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
(b) Die im Absatz (a) festgelegte Art und Weise sowie Reihenfolge ist zu beachten, außer wenn wegen der Art der Erfindung eine abweichende Form der Beschreibung oder Reihenfolge zu einem besseren Verständnis oder zu einer knapperen Darstellung führen würde.	(3) Die Beschreibung ist in der in Absatz 2 angegebenen Art und Weise sowie Reihenfolge einzureichen, sofern nicht wegen der Art der Erfindung eine abweichende Form oder Reihenfolge zu einem besseren Verständnis oder zu einer knapperen Darstellung führen würde.  <u>Bemerkung:</u> Der Text des Absatzes 3 übernimmt, abgesehen von sprachlichen Änderungen, die entsprechende Vorschrift des PCT.

Form und Inhalt der Patentansprüche

PCT und PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>Artikel 6 Satz 2 PCT</u></p> <p>Die Patentansprüche ... müssen deutlich und knapp gefaßt ... sein.</p> <p><u>6.3 PCT-Verfahrensregelung</u></p> <p>(a) Der Gegenstand des Schutzbegehrens ist durch Angabe der technischen Merkmale der Erfindung festzulegen.</p> <p>(b) Wo es zweckdienlich ist, haben die Patentansprüche zu enthalten:</p> <p>(i) Die Angabe der technischen Merkmale, die für die Festlegung des beanspruchten Gegenstands der Erfindung notwendig sind, jedoch - in Verbindung miteinander - zum Stand der Technik gehören,</p> <p>(ii) einen kennzeichnenden Teil - eingeleitet durch die Worte "dadurch gekennzeichnet", "gekennzeichnet durch", "wobei die Verbesserung darin besteht" oder durch eine andere Formulierung mit der gleichen Bedeutung -, der in gedrängter Form die technischen Merkmale bezeichnet, für die in Verbindung mit den unter (i) angegebenen Merkmalen Schutz begehrt wird.</p>	<p>(1) Die Patentansprüche müssen sprachlich richtig, klar und knapp abgefaßt sein. Sie sind in unpersönlicher Form zu halten.</p> <p>(2) Der Gegenstand des Schutzbegehrens ist durch Angabe der technischen Merkmale der Erfindung festzulegen. Wo es zweckdienlich ist, haben die Patentansprüche zu enthalten:</p> <p>a) Die Angabe der technischen Merkmale, die für die Festlegung des beanspruchten Gegenstands der Erfindung notwendig sind, jedoch in Verbindung miteinander zum Stand der Technik gehören;</p> <p>b) einen kennzeichnenden Teil, der durch die Worte "dadurch gekennzeichnet", "gekennzeichnet durch", "wobei die Verbesserung darin besteht" oder durch eine andere Formulierung mit der gleichen Bedeutung eingeleitet wird und in gedrängter Form die technischen Merkmale bezeichnet, für die in Verbindung mit den unter Buchstabe a angegebenen Merkmalen Schutz begehrt wird.</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>6.4</u></p> <p>(a) Jeder Patentanspruch, der alle Merkmale eines anderen oder mehrerer anderer Patentansprüche enthält (Patentanspruch in abhängiger Form, im folgenden als "abhängiger Patentanspruch" bezeichnet), hat möglichst in der Einleitung eine Bezugnahme auf den anderen Patentanspruch oder die anderen Patentansprüche zu enthalten und nachstehend die zusätzlichen Merkmale anzugeben, die beansprucht werden. Jeder abhängige Patentanspruch, der sich auf mehr als einen anderen Patentanspruch bezieht (mehrfach abhängiger Patentanspruch), darf sich auf diese Patentansprüche nur alternativ beziehen. Mehrfach abhängige Patentansprüche können nicht Grundlage für andere mehrfach abhängige Patentansprüche sein.</p>	<p>(3) Zu jedem Patentanspruch, der die wesentlichen Merkmale der Erfindung wiedergibt, können ein oder mehrere Patentansprüche aufgestellt werden, die sich auf die Besonderheiten der Ausführung dieser Erfindung beziehen, sofern diese nicht offensichtlich selbstverständlich sind.</p> <p>(4)</p> <p>a) Jeder Patentanspruch, der alle Merkmale eines anderen oder mehrerer anderer Patentansprüche enthält (abhängiger Patentanspruch), soll in der Einleitung eine Bezugnahme auf den anderen Patentanspruch oder die anderen Patentansprüche enthalten und nachstehend die zusätzlichen Merkmale angeben, die beansprucht werden. Jeder abhängige Patentanspruch, der sich auf mehr als einen anderen Patentanspruch bezieht (mehrfach abhängiger Patentanspruch), darf sich auf diese Patentansprüche nur alternativ beziehen. Mehrfach abhängige Patentansprüche können nicht Grundlage für andere mehrfach abhängige Patentansprüche sein.</p> <p><u>Bemerkung:</u> Absatz 3 könnte im Hinblick auf Nr. 3 zu Artikel 70 als überflüssig angesehen werden.</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p>(b) Jeder abhängige Patentanspruch ist dahin auszulegen, daß er alle Beschränkungen des Patentanspruchs enthält, auf die er sich bezieht. Handelt es sich um einen mehrfach abhängigen Patentanspruch, so ist er dahin auszulegen, daß er alle Beschränkungen desjenigen Patentanspruchs enthält, mit dem zusammen er in Betracht gezogen wird.</p> <p>(c) Alle abhängigen Patentansprüche, die sich auf einen oder mehrere vorangehende Patentansprüche beziehen, sind soweit wie möglich und auf die zweckmäßigste Weise zusammenzufassen.</p>	<p>b) Jeder abhängige Patentanspruch ist dahin auszulegen, daß er alle Beschränkungen des Patentanspruchs enthält, auf die er sich bezieht. Handelt es sich um einen mehrfach abhängigen Patentanspruch, so ist er dahin auszulegen, daß er alle Beschränkungen desjenigen Patentanspruchs enthält, mit dem zusammen er in Betracht gezogen wird.</p> <p>c) Alle abhängigen Patentansprüche, die sich auf einen oder mehrere vorangehende Patentansprüche beziehen, sind soweit wie möglich und auf die zweckmäßigste Weise zusammenzufassen.</p>
<p><u>6.1</u></p> <p>(a) Die Anzahl der Patentansprüche hat sich bei Berücksichtigung der Art der beanspruchten Erfindung in vertretbaren Grenzen zu halten.</p> <p>(b) Mehrere Patentansprüche sind fortlaufend mit arabischen Zahlen zu numerieren.</p>	<p>(5) Die Anzahl der Patentansprüche hat sich bei Berücksichtigung der Art der beanspruchten Erfindung in vertretbaren Grenzen zu halten. Mehrere Patentansprüche sind fortlaufend mit arabischen Zahlen zu numerieren.</p>
<p><u>6.2</u></p> <p>(a) Patentansprüche dürfen sich, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist, im Hinblick auf die technischen Merkmale der Erfindung nicht auf Bezugnahmen auf die Beschreibung oder die Zeichnungen stützen. Sie dürfen sich insbesondere nicht auf Hinweise stützen wie: "wie beschrieben in Teil ... der Beschreibung" oder "wie in Abbildung ... der Zeichnung dargestellt".</p>	<p>(6) Die Patentansprüche dürfen sich, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist, im Hinblick auf die technischen Merkmale der Erfindung nicht auf Bezugnahmen auf die Beschreibung oder die Zeichnungen stützen. Sie dürfen sich insbesondere nicht auf Hinweise stützen wie: "wie beschrieben in Teil ... der Beschreibung" oder "wie in Abbildung ... der Zeichnung dargestellt".</p>
	<p><u>Bemerkung:</u> Zu Absatz 5 Satz 1 siehe den Vorschlag zu Artikel 71 Nr. 1 Absatz 1.</p>



PCT-Verfahrensregelung und PCT	Vorschlag
<p><u>6.2</u>  (b) Sind der internationalen Anmeldung Zeichnungen beigelegt, so sollen zu den in den Patentansprüchen genannten technischen Merkmalen vorzugsweise Bezugszeichen, die auf diese Merkmale hinweisen, angefügt werden. Werden Bezugszeichen verwendet, so sollen diese vorzugsweise in Klammern gesetzt werden. Ermöglichen die Bezugszeichen kein schnelleres Verständnis eines Patentanspruchs, so sollen sie nicht aufgenommen werden. Sie können in diesem Fall durch ein Bestimmungsamt für die Zwecke der Veröffentlichung durch dieses Amt entfernt werden.</p> <p><u>Artikel 6 PCT</u>  Die Patentansprüche ... sollen ... in vollem Umfang von der Beschreibung gestützt sein.</p>	<p>(7) Sind der europäischen Patentanmeldung Zeichnungen beigelegt, so sollen die in den Patentansprüchen genannten technischen Merkmale mit Bezugszeichen, die auf diese Merkmale hinweisen, versehen werden, wenn dies das Verständnis des Patentanspruchs erleichtert. Bezugszeichen sollen in Klammern gesetzt werden.</p> <p>(8) Kein Patentanspruch darf einen Gegenstand enthalten, der nicht in der Beschreibung aufgeführt ist.</p>

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 4

Form der Zeichnungen

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag																
<p><u>11.6</u> (c) Auf Blättern, welche die Zeichnungen enthalten, darf die benutzte Fläche 26,2 cm mal 17 cm nicht überschreiten. Die Blätter dürfen keine Umrahmungen um die benutzbare oder benutzte Fläche aufweisen. Die Mindestränder sind folgende:</p> <table><tr><td>Oberer Rand:</td><td>2,5 cm</td></tr><tr><td>Linker Seitenrand:</td><td>2,5 cm</td></tr><tr><td>Rechter Seitenrand:</td><td>1,5 cm</td></tr><tr><td>Unterer Rand:</td><td>1 cm</td></tr></table>	Oberer Rand:	2,5 cm	Linker Seitenrand:	2,5 cm	Rechter Seitenrand:	1,5 cm	Unterer Rand:	1 cm	<p>(1) Auf Blättern, die die Zeichnungen enthalten, darf die benutzte Fläche 26,2 cm mal 17 cm nicht überschreiten. Die Blätter dürfen keine Umrahmungen um die benutzbare oder benutzte Fläche aufweisen. Die Mindestränder sind folgende:</p> <table><tr><td>Oberer Rand:</td><td>2,5 cm</td></tr><tr><td>Linker Seitenrand:</td><td>2,5 cm</td></tr><tr><td>Rechter Seitenrand:</td><td>1,5 cm</td></tr><tr><td>Unterer Rand:</td><td>1 cm</td></tr></table> <p>(2) Die Zeichnungen sind wie folgt auszuführen:</p> <p>a) die Zeichnungen sind in widerstandsfähigen, schwarzen oder blauen, ausreichend festen und dunklen, in sich gleichmäßig starken Linien oder Strichen ohne Farben oder Tönungen auszuführen;</p> <p>b) Querschnitte sind durch Schraffierungen kenntlich zu machen, die die Erkennbarkeit der Linien und der Bezugszeichen nicht beeinträchtigen dürfen;</p> <p>c) der Maßstab der Zeichnungen und die Klarheit der zeichnerischen Ausführung müssen gewährleisten, daß eine fotografische Wiedergabe</p>	Oberer Rand:	2,5 cm	Linker Seitenrand:	2,5 cm	Rechter Seitenrand:	1,5 cm	Unterer Rand:	1 cm
Oberer Rand:	2,5 cm																
Linker Seitenrand:	2,5 cm																
Rechter Seitenrand:	1,5 cm																
Unterer Rand:	1 cm																
Oberer Rand:	2,5 cm																
Linker Seitenrand:	2,5 cm																
Rechter Seitenrand:	1,5 cm																
Unterer Rand:	1 cm																
<p><u>11.13</u> (a) Zeichnungen sind in widerstandsfähigen, schwarzen oder blauen, ausreichend festen und dunklen, in sich gleichmäßig starken Linien oder Strichen ohne Farben oder Tönungen auszuführen.</p> <p>(b) Querschnitte sind durch Schraffierungen kenntlich zu machen, die die Erkennbarkeit der Bezugszeichen und Führungslinien nicht beeinträchtigen dürfen.</p> <p>(c) Der Maßstab der Zeichnungen und die Klarheit der zeichnerischen Ausführungen müssen gewährleisten, daß eine fotografische Wiedergabe</p>																	

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p>auch bei Verkleinerungen auf <math>\frac{2}{3}</math> alle Einzelheiten noch ohne Schwierigkeiten erkennen läßt.</p> <p>(d) Wenn in Ausnahmefällen der Maßstab in einer Zeichnung angegeben wird, so ist er zeichnerisch darzustellen.</p> <p>(e) Alle Zeichen, Buchstaben und Bezugslinien, welche in der Zeichnung vorhanden sind, müssen einfach und eindeutig sein. Klammern, Kreise oder Anführungszeichen dürfen bei Zahlen und Buchstaben nicht verwendet werden.</p> <p>(f) Alle Linien in den Zeichnungen sollen im allgemeinen mit Zeichengeräten gezogen werden.</p> <p>(g) Jeder Teil der Abbildung soll im richtigen Verhältnis zu jedem anderen Teil der Abbildung stehen, es sei denn, daß die Verwendung eines anderen Verhältnisses für die Klarheit der Abbildung unerlässlich ist.</p> <p>(h) Die Größe der Ziffern und Buchstaben darf 3,2 mm nicht unterschreiten. Für die Beschriftung der Zeichnungen ist die lateinische und, soweit üblich, griechische Schrift zu verwenden.</p> <p>(i) Ein Zeichnungsblatt kann mehrere Abbildungen enthalten. Sollen Abbildungen auf zwei oder mehr Blättern nur eine einzige vollständige Abbildung darstellen, so sind die Abbildungen auf den einzelnen Blättern so anzuordnen, daß die vollständige Abbildung zusammengesetzt werden kann, ohne daß ein Teil der Abbildung auf den einzelnen Blättern verdeckt wird.</p>	<p>auch bei Verkleinerungen auf zwei Drittel alle Einzelheiten noch ohne Schwierigkeiten erkennen läßt. Wird der Maßstab in Ausnahmefällen auf der Zeichnung angegeben, so ist er zeichnerisch darzustellen;</p> <p>d) alle Zeichen, Buchstaben und Bezugslinien in den Zeichnungen müssen einfach und eindeutig sein. Klammern, Kreise oder Anführungszeichen dürfen bei Zahlen und Buchstaben nicht verwendet werden;</p> <p>e) alle Linien in den Zeichnungen sollen mit Zeichengeräten gezogen werden;</p> <p>f) jeder Teil der Abbildung muß im richtigen Verhältnis zu jedem anderen Teil der Abbildung stehen, sofern nicht die Verwendung eines anderen Verhältnisses für die Klarheit der Abbildung unerlässlich ist;</p> <p>g) die Ziffern und Buchstaben müssen mindestens 3,2 mm hoch sein. Für die Beschriftung der Zeichnungen sind lateinische und, soweit üblich, griechische Buchstaben zu verwenden.</p> <p>h) ein Zeichnungsblatt kann mehrere Abbildungen enthalten. Sollen Abbildungen auf zwei oder mehr Blättern nur eine einzige vollständige Abbildung darstellen, so sind die Abbildungen auf den einzelnen Blättern so anzuordnen, daß die vollständige Abbildung zusammengesetzt werden kann, ohne daß ein Teil der Abbildungen auf den einzelnen Blättern verdeckt wird. Die</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p>(j) Die einzelnen Abbildungen sind auf einem Blatt oder auf mehreren Blättern ohne Platzverschwendung anzuordnen, vorzugsweise in Längsformat und eindeutig voneinander getrennt.</p> <p>(k) Die einzelnen Abbildungen sind durch arabische Zahlen fortlaufend und unabhängig von den Zeichnungsblättern zu numerieren.</p> <p>(l) Nicht in der Beschreibung genannte Bezugszeichen dürfen in den Zeichnungen nicht erscheinen und umgekehrt.</p> <p>(m) Gleiche mit Bezugszeichen gekennzeichnete Merkmale müssen in der ganzen internationalen Anmeldung die gleichen Zeichen erhalten.</p>	<p>einzelnen Abbildungen sind auf einem Blatt oder auf mehreren Blättern ohne Platzverschwendung anzuordnen, eindeutig voneinander getrennt und vorzugsweise in Längsformat; sie sind durch arabische Zahlen fortlaufend und unabhängig von den Zeichnungsblättern zu numerieren;</p> <p>i) Bezugszeichen dürfen in den Zeichnungen nur insoweit verwendet werden, als sie in der Beschreibung und in den Patentansprüchen aufgeführt sind; das gleiche gilt für den umgekehrten Fall. Gleiche mit Bezugszeichen gekennzeichnete Merkmale müssen in der ganzen Anmeldung die gleichen Zeichen erhalten.</p>
<p><u>11.11</u></p> <p>(a) Erläuterungen dürfen in die Zeichnungen nicht aufgenommen werden; ausgenommen sind kurze unentbehrliche Angaben - z.B. "Wasser", "Dampf", "offen", "geschlossen", "Schnitt nach A-B" - sowie in elektrischen Schaltplänen und Blockschaltbildern oder Flußdiagrammen kurze Stichworte, die für das Verständnis unentbehrlich sind.</p> <p>(b) Verwendete Erläuterungen sind so anzubringen, daß sie, wenn sie übersetzt werden, ohne die Linien der Zeichnungen zu beeinflussen, überklebt werden können.</p>	<p>k) die Zeichnungen dürfen keine Erläuterungen enthalten; ausgenommen sind kurze unentbehrliche Angaben wie "Wasser", "Dampf", "Offen", "Zu"; "Schnitt nach A-B" sowie in elektrischen Schaltplänen und Blockschaltbildern oder Flußdiagrammen kurze Stichworte, die für das Verständnis unentbehrlich sind; diese Erläuterungen sind so anzubringen, daß sie im Falle der Übersetzung überklebt werden können, ohne daß die Linien der Zeichnungen verdeckt werden;</p>
<p><u>7.1</u></p> <p>Flußdiagramme und Diagramme gelten als Zeichnungen.</p>	<p>(3) Flußdiagramme und Diagramme gelten als Zeichnungen.</p>

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)  
Nummer 5 (neu)  
Unzulässige Angaben

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>9.1</u> Die internationale Anmeldung darf nicht enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(i) Ausdrücke oder Zeichnungen, die gegen die guten Sitten verstoßen;</li> <li>(ii) Ausdrücke oder Zeichnungen, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen;</li> <li>(iii) herabsetzende Äußerungen über Erzeugnisse oder Verfahren Dritter oder den Wert oder die Gültigkeit von Anmeldungen oder Patenten Dritter (Vergleiche mit dem Stand der Technik gelten als solche nicht als herabsetzend);</li> <li>(iv) Angaben, die den Umständen nach offensichtlich belanglos oder unnötig sind.</li> </ul>	<p>Die europäische Patentanmeldung darf nicht enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Ausdrücke, die gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen;</li> <li>b) abfällige Äußerungen über Erzeugnisse oder Verfahren Dritter oder den Wert oder die Gültigkeit von Anmeldungen oder Patenten Dritter. Reine Vergleiche mit dem Stand der Technik allein gelten nicht als abfällig;</li> <li>c) Angaben, die den Umständen nach offensichtlich belanglos oder unnötig sind.</li> </ul>

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)  
Nummer 6 (neu)

Allgemeine Bestimmungen über die Form der Anmeldungsunterlagen

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>11.1</u> (a) Vorbehaltlich des Absatzes (b) ist die internationale Anmeldung und jede der in der Kontrolliste (Regel 3.3 (a) (ii)) aufgeführten Urkunden in einem Exemplar einzureichen.</p> <p>(b) Jedes Anmeldeamt kann verlangen, daß die internationale Anmeldung und jede der in der Kontrolliste (Regel 3.3 (a) (ii)) aufgeführten Urkunden mit Ausnahme der Quittung über die gezahlten Gebühren oder des Schecks zur Zahlung der Gebühren in zwei oder drei Exemplaren eingebracht wird. In diesem Fall ist das Anmeldeamt für die Feststellung der Übereinstimmung des zweiten und dritten Exemplars mit dem Aktenexemplar verantwortlich.</p>	<p>(1) Mit Ausnahme des Antrags auf Erteilung des europäischen Patents sind die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung in drei Stücken einzureichen.</p>
<p><u>11.2</u> (a) Alle Teile der internationalen Anmeldung (z.B. der Antrag, die Beschreibung, die Ansprüche, die Zeichnungen und die Zusammenfassung) sind in einer Form einzureichen, daß eine unmittelbare Reproduktion durch Fotografie, elektrostatisches Verfahren, Foto-Offsetdruck und Mikroverfilmung in einer unbeschränkten Anzahl von Exemplaren vorgenommen werden kann.</p> <p>(b) Die Blätter müssen glatt und knitterfrei sein; sie dürfen nicht gefaltet sein.</p> <p>(c) Die Blätter sind einseitig zu beschriften.</p>	<p>(2) Die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung sind in einer Form einzureichen, die gewährleistet, daß eine unmittelbare Reproduktion durch Fotografie, elektrostatisches Verfahren, Foto-Offsetdruck und Mikroverfilmung in einer unbeschränkten Anzahl von Exemplaren vorgenommen werden kann. Die Blätter müssen glatt und knitterfrei sein; sie dürfen nicht gefaltet sein und sind einseitig zu beschriften.</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>11.3</u> Alle Bestandteile der internationalen Anmeldung sind auf biegsamem, festem, weißem, glattem, mattem und widerstandsfähigem Papier einzureichen.</p> <p><u>11.2</u> (d) Vorbehaltlich der Regel 11.13 (j) ist jedes Blatt im Längsformat zu verwenden (d.h. die kurzen Seiten oben und unten).</p> <p><u>11.5</u> Als Blattgröße ist das Format A 4 zu verwenden (29,7 cm mal 21 cm). Jedoch können die Anmeldeämter internationale Anmeldungen auf Blättern von anderem Format zulassen, vorausgesetzt, daß das Aktenexemplar, wie es dem Internationalen Büro übermittelt wird, und, falls es die zuständige Internationale Recherchenbehörde so wünscht, auch das Recherchenexemplar das Format A 4 aufweisen.</p> <p><u>11.4</u> (a) Jeder Teil (Antrag, Beschreibung, Patentansprüche, Zeichnungen, Zusammenfassung) der internationalen Anmeldung hat auf einem neuen Blatt zu beginnen. (b) Alle Blätter der internationalen Anmeldung haben so miteinander verbunden zu sein, daß sie beim Einsehen leicht gewendet werden können und leicht zu entfernen und wieder einzuordnen sind, wenn sie zu Zwecken der Reproduktion entnommen werden sollen.</p>	<p>(3) Die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung sind auf biegsamem, festem, weißem, glattem, mattem und widerstandsfähigem Papier im Format A 4 (29,7 cm mal 21 cm) einzureichen. Vorbehaltlich Artikel ... Absatz 2 (Nummer 4 zu Artikel 66) Buchstabe h ist jedes Blatt in der Weise zu verwenden, daß die kurzen Seiten oben und unten erscheinen (Hochformat).</p> <p>(4) Jeder Bestandteil der europäischen Patentanmeldung (Antrag, Beschreibung, Patentansprüche, Zeichnungen) muß auf einem neuen Blatt beginnen. Alle Blätter müssen so miteinander verbunden sein, daß sie leicht gewendet sowie leicht entfernt und wieder miteinander verbunden werden können.</p> <p><u>Bemerkung zu Absatz 3:</u> Man kann sich fragen, ob die in Absatz 3 vorgesehenen Anforderungen an die Beschaffenheit des Papiers auch für den Antrag auf Patenterteilung gelten sollen, für den das Europäische Patentamt vorgedruckte Formblätter herausgibt.</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>11.6</u></p> <p>(a) Als Mindestränder sind auf den Blättern des Antrags, der Beschreibung, der Ansprüche und der Zusammenfassung folgende Flächen unbeschriftet zu lassen:</p> <p>Oberer Rand des ersten Blatts mit Ausnahme des Antragsblatts: 8 cm</p> <p>Oberer Rand der anderen Blätter: 2 cm</p> <p>Linker Seitenrand: 2,5 cm</p> <p>Rechter Seitenrand: 2 cm</p> <p>Unterer Rand: 2 cm</p> <p>(b) Die empfohlenen Höchstmaße für die Ränder gemäß Absatz (a) sind folgende:</p> <p>Oberer Rand des ersten Blatts mit Ausnahme des Antragsblatts: 9 cm</p> <p>Oberer Rand der anderen Blätter: 4 cm</p> <p>Linker Seitenrand: 4 cm</p> <p>Rechter Seitenrand: 3 cm</p> <p>Unterer Rand: 3 cm</p> <p><u>11.6</u></p> <p>(e) Die Ränder haben bei der Einreichung der internationalen Anmeldung vollständig unbenutzt zu sein.</p>	<p>(5) Vorbehaltlich Artikel ... (Nummer 4 zu Artikel 66) Absatz 1 sind auf den Blättern als Mindestränder folgende Flächen unbeschriftet zu lassen:</p> <p>Oberer Rand des ersten Blatts mit Ausnahme des Antragsblatts: 8 cm</p> <p>Oberer Rand der anderen Blätter: 2 cm</p> <p>Linker Seitenrand: 2,5 cm</p> <p>Rechter Seitenrand: 2 cm</p> <p>Unterer Rand: 2 cm</p> <p>Die empfohlenen Höchstmaße für die vorstehenden Ränder sind folgende:</p> <p>Oberer Rand des ersten Blatts mit Ausnahme des Antragsblatts: 9 cm</p> <p>Oberer Rand der anderen Blätter: 4 cm</p> <p>Linker Seitenrand: 4 cm</p> <p>Rechter Seitenrand: 3 cm</p> <p>Unterer Rand: 3 cm</p> <p>(6) Die Ränder der Blätter müssen bei der Einreichung der europäischen Patentanmeldung vollständig unbenutzt sein.</p>



PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>11.7</u> (a) Alle Blätter der internationalen Anmeldung sind fortlaufend nach arabischen Zahlen zu numerieren. (b) Die Blattzahlen sind oben in der Mitte, aber nicht auf dem oberen Rand anzubringen.</p> <p><u>11.8</u> (a) Es wird dringend empfohlen, jede fünfte Zeile auf jedem Blatt der Beschreibung und auf jedem Blatt der Patentansprüche zu numerieren. (b) Die Zahlen sind an der linken Seite, rechts vom Rand anzubringen.</p> <p><u>11.9</u> (a) Der Antrag, die Beschreibung, die Ansprüche und die Zusammenfassung müssen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein. (b) Nur graphische Symbole und Schriftzeichen, chemische oder mathematische Formeln und besondere Zeichen der japanischen Schriftsprache können, falls notwendig, handgeschrieben oder gezeichnet sein. (c) Der Zeilenabstand hat 1 1/2zeilig zu sein. (d) Alle Texte müssen in Buchstaben, deren Großbuchstaben eine Mindesthöhe von 2,1 mm besitzen, und mit dunkler unauslöschlicher Farbe entsprechend Regel 11.2 geschrieben sein.</p>	<p>(7) Alle Blätter der europäischen Patentanmeldung sind fortlaufend mit arabischen Zahlen zu numerieren. Die Blattzahlen sind oben in der Mitte, aber nicht auf dem oberen Rand anzubringen.</p> <p>(8) Auf jedem Blatt der Beschreibung und der Patentansprüche soll jede fünfte Zeile numeriert sein. Die Zahlen sind an der linken Seite, rechts vom Rand anzubringen.</p> <p>(9) Der Antrag auf Erteilung des europäischen Patents, die Beschreibung und die Patentansprüche müssen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein. Nur graphische Symbole und Schriftzeichen, chemische oder mathematische Formeln können, falls notwendig, handgeschrieben oder gezeichnet sein. Der Zeilenabstand hat 1 1/2zeilig zu sein. Alle Texte müssen in Buchstaben, deren Großbuchstaben eine Mindesthöhe von 2,1 mm besitzen, und mit dunkler unauslöschlicher Farbe geschrieben sein.</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>11.10</u></p> <p>(a) Der Antrag, die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zusammenfassung dürfen keine Zeichnungen enthalten.</p> <p>(b) Die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zusammenfassung können chemische oder mathematische Formeln enthalten.</p> <p>(c) Die Beschreibung und die Zusammenfassung können Tabellen enthalten; ein Patentanspruch darf nur dann Tabellen enthalten, wenn der Gegenstand des Patentanspruchs die Verwendung von Tabellen wünschenswert erscheinen läßt.</p> <p><u>10.1</u></p> <p>(a) Gewichts- und Maßeinheiten sind nach dem metrischen System anzugeben oder auch in diesem System, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt.</p> <p>(b) Temperaturen sind in Grad Celsius anzugeben oder auch nach diesem System, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt.</p> <p>(c) Die Dichte ist in metrischen Einheiten anzugeben.</p> <p>(d) Für Angaben über Wärme, Energie, Licht, Schall und Magnetismus sowie für mathematische Formeln und elektrische Einheiten sind die in der internationalen Praxis anerkannten Regeln zu beachten; für chemische Formeln sind die allgemein üblichen Symbole, Atomgewichte und Molekularformeln zu verwenden.</p> <p>(e) Allgemein sind nur solche technischen Bezeichnungen, Zeichen und Symbole zu verwenden, wie sie allgemein auf dem Fachgebiet anerkannt sind.</p>	<p>(10) Der Antrag auf Erteilung des europäischen Patents, die Beschreibung und die Patentansprüche dürfen keine Zeichnungen enthalten. Die Beschreibung und die Patentansprüche können chemische oder mathematische Formeln enthalten. Die Beschreibung kann Tabellen enthalten; ein Patentanspruch darf dies nur dann, wenn sein Gegenstand die Verwendung von Tabellen wünschenswert erscheinen läßt.</p> <p>(11) Gewichts- und Maßeinheiten sind nach dem metrischen System oder, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt, auch nach dem metrischen System anzugeben. Temperaturen sind in Grad Celsius anzugeben oder, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt, auch in Grad Celsius anzugeben. Die Dichte ist in metrischen Einheiten anzugeben. Für Angaben über Wärme, Energie, Licht, Schall und Magnetismus sowie für mathematische Formeln und elektrische Einheiten sind die in der internationalen Praxis anerkannten Regeln zu beachten. Für chemische Formeln sind die allgemein üblichen Symbole, Atomgewichte und Molekularformeln zu verwenden. Grundsätzlich sind nur solche technischen Bezeichnungen, Zeichen und Symbole zu verwenden, die auf dem Fachgebiet allgemein anerkannt sind.</p>

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>10.2</u> Terminologie und Zeichen sind in der gesamten internationalen Anmeldung einheitlich zu verwenden.</p> <p><u>11.12</u> Jedes Blatt muß weitgehend frei von Radierstellen und frei von Änderungen, Überschreibungen und Zwischenbeschriftungen sein. Nichtbefolgung dieser Regel kann in Ausnahmen erlaubt werden, wenn der verbindliche Text dadurch nicht in Frage gestellt wird und die Voraussetzungen für eine gute Reproduktion nicht gefährdet sind.</p>	<p>(12) Terminologie und Zeichen sind in der gesamten europäischen Patentanmeldung einheitlich zu verwenden.</p> <p>(13) Jedes Blatt muß weitgehend frei von Radierungen und frei von Änderungen, Überschreibungen und Zwischenbeschriftungen sein. Von diesem Erfordernis kann abgesehen werden, wenn der verbindliche Text dadurch nicht in Frage gestellt wird und die Voraussetzungen für eine gute Reproduktion nicht gefährdet sind.</p>

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 7 (neu)

Nachgereichte Unterlagen

PCT-Verfahrensregelung	Vorschlag
<p><u>11.14</u> Die Regeln 10 und 11.1 bis 11.13 sind auf alle nach der internationalen Anmeldung nachgereichten Unterlagen - z.B. korrigierte Seiten, geänderte Patentansprüche - anzuwenden.</p>	<p>Die Vorschriften der Artikel ... (Nummern 2 bis 6 zu Artikel 66) sind auf Schriftstücke, die die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung ändern, anzuwenden.</p>



Form und Stückzahl von Schriftstücken im Verfahren

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt einzureichenden Schriftstücke sollen in Maschinenschrift ausgeführt werden. Auf jedem Blatt ist links ein etwa 3 bis 4 cm breiter Rand freizulassen.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß die Schriftstücke in zwei Stücken einzureichen sind. Darüber hinaus sind diejenigen Schriftstücke, die anderen Personen zu übermitteln sind oder die mehrere Anmeldungen oder Patente betreffen, in der entsprechenden Stückzahl einzureichen. Werden die Dokumente nicht in der erforderlichen Stückzahl eingereicht, so gelten sie als nicht eingegangen.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels finden auf europäische Patentanmeldungen keine Anwendung. Jedoch finden die Vorschriften des Absatzes 2 auf Schriftstücke, die die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung ändern, neben den Vorschriften für Patentanmeldungen Anwendung.

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 8

Form und Stückzahl von Schriftstücken im Verfahren

---

Vorschlag

---

(1) Die im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt einzureichenden Schriftstücke sollen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein. Auf jedem Blatt ist links ein etwa 2,5 cm breiter Rand freizulassen.

(2) +

(3) Die Vorschriften dieses Artikels sind auf die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung nicht anzuwenden. Jedoch sind die Vorschriften des Absatzes 2 auf Schriftstücke, die die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung ändern, anzuwenden.

Bemerkungen:

1. Der vorgeschlagene Absatz 1 ist der vorgeschlagenen Nr. 6 Abs. 5 und 9 zu Artikel 66 angeglichen.
2. Die Änderung in Satz 1 dient der Klarstellung. Die Streichung in Satz 2 ergibt sich auf Grund der vorgeschlagenen Nr. 7 zu Artikel 66.

Unterzeichnung der Schriftstücke

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die Schriftstücke, die in einem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt eingereicht werden, sind zu unterzeichnen, soweit es sich nicht um Anlagen handelt.

(2) Wird den Vorschriften des Absatzes 1 nicht entsprochen, so fordert das Europäische Patentamt den Beteiligten auf, innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Frist den Mangel zu beseitigen.

(3) Entspricht der Beteiligte rechtzeitig der Aufforderung des Europäischen Patentamts, so bleibt ihm der Zeitpunkt des Eingangs des nicht unterzeichneten Schriftstücks erhalten. Entspricht er der Aufforderung nicht rechtzeitig, so gilt das Schriftstück als nicht eingegangen.

(4) Die Vorschriften dieses Artikels finden auf europäische Patentanmeldungen keine Anwendung.



Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 9

Unterzeichnung der Schriftstücke

---

Vorschlag

---

(1) +

Bemerkung:

(2) +

(3) +

(4) Die Vorschriften dieses Artikels sind auf  
die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung  
nicht anzuwenden.

Die Änderung dient der Klarstellung.

Zu Artikel 68

Nummer 8

Telegraphische und fernschriftliche Eingaben im Verfahren

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die Schriftstücke in einem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt können abweichend von den Vorschriften der Artikel ... (Nummer 6 zu Artikel 68) und ... (Nummer 7 zu Artikel 68) beim Europäischen Patentamt auch telegraphisch oder fernschriftlich eingereicht werden. Innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Eingang des Telegramms oder Fernschreibens ist jedoch ein Schriftstück nachzureichen, das den Inhalt des Telegramms oder Fernschreibens wiedergibt und den Vorschriften dieser Ausführungsordnung entspricht.

(2) Wird das im vorstehenden Absatz genannte Schriftstück nicht rechtzeitig eingereicht, so gilt das Telegramm oder das Fernschreiben als nicht eingegangen.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels finden auf europäische Patentanmeldungen keine Anwendung.

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 10

Telegraphische und fernschriftliche Eingaben im Verfahren

---

Vorschlag

---

(1) + (Nummer 8 und 9 zu Artikel 66)

Bemerkung:

(2) +

(3) Die Vorschriften dieses Artikels sind auf  
die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung  
nicht anzuwenden.

Die Änderung dient der Klarstellung.

Zu Artikel 68

Nummer 9

Entrichtung der Gebühren

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Das Europäische Patentamt unterhält in jedem Vertragsstaat ein Girokonto bei einer Bank und ein Postscheckkonto; diese Konten können für die Entrichtung von Gebühren verwendet werden.

(2) Die in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgesehenen Gebühren können nur in einer der Währungen der Vertragsstaaten entrichtet werden.

(3) Der Verwaltungsrat legt die Einzelheiten der Zahlung der Gebühren und unter Berücksichtigung der Zahlungsweise den Zeitpunkt fest, zu dem die Gebühren als ordnungsgemäß entrichtet gelten.

Bemerkung:

Die Arbeitsgruppe hat vorgeschlagen, daß die vom Verwaltungsrat in Ausführung des Absatzes 3 dieses Artikels erlassenen Vorschriften dem Anmelder die Möglichkeit eröffnen sollen, ein laufendes Konto beim Europäischen Patentamt für die Entrichtung der Gebühren zu unterhalten.

Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)  
Nummer 11  
Entrichtung der Gebühren

---

Vorschlag

---

(1) +

(2) +

(3) +

Siehe Bemerkung zum Vorentwurf von 1964



49

Zu Artikel 69

Nummer 1 (neu)

Benachrichtigung des Anmelders, daß die Patentanmeldung als zurückgenommen gilt

---

Vorschlag

---

Gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen, so wird dies vom Europäischen Patentamt festgestellt und dem Anmelder mitgeteilt.

Bemerkungen:

1. Siehe Bemerkung zu Artikel 69 des Ersten Vorentwurfs 1970.
2. Diese Vorschrift ist in allen Fällen anzuwenden, in denen die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt. Daher nimmt sie auf Artikel 69 Erster Vorentwurf, der nur zwei Fälle regelt, nicht Bezug. Sie ist dem Artikel 69 nur vorläufig zugeordnet.

# Einheitlichkeit der Erfindung

---

Abkommensvorentwurf von 1965

---

## Bemerkung:

Artikel 69 des Abkommens wird durch eine Vorschrift der Ausführungsordnung ergänzt, die folgende Fassung erhält:

"Der Gegenstand einer europäischen Patentanmeldung gilt als einheitlich, wenn die Anmeldung enthält

a) neben einem Erzeugnis ein oder mehrere Verfahren zur Herstellung des Erzeugnisses oder eine oder mehrere Verwendungsarten des Erzeugnisses,

b) neben einem Verfahren eine Vorrichtung zur Anwendung dieses Verfahrens."



Patentansprüche verschiedener Kategorien

---

Vorschlag

PCT-Verfahrensregelung

---

13.2

Artikel 70 des Übereinkommens ist so auszu-  
legen, daß in derselben europäischen Patentan-  
meldung enthalten sein können:

Nach Regel 13.1 ist insbesondere eine der  
beiden folgenden Möglichkeiten zulässig,

(a) +

(i) mit einem unabhängigen Anspruch für ein  
bestimmtes Erzeugnis im Rahmen derselben  
internationalen Anmeldung einen unabhän-  
gigen Anspruch für ein besonders angepaßtes  
Verfahren zur Herstellung dieses Erzeug-  
nisses und einen unabhängigen Anspruch  
für eine Anwendung des Erzeugnisses zu ver-  
binden, oder

(b) +

(ii) mit einem unabhängigen Anspruch für ein  
bestimmtes Verfahren innerhalb derselben  
Anmeldung einen unabhängigen Anspruch  
für eine Vorrichtung oder ein Mittel, das  
zur Ausführung des Verfahrens besonders  
entwickelt wurde, zu verbinden.

Bemerkung:

Der Vorschlag weicht von der entsprechenden Vor-  
schrift der PCT-Verfahrensregelung ab. Diese ver-  
bietet jedoch nicht, für die Einheitlichkeit  
liberalere Vorschriften anzuwenden.



Patentansprüche der gleichen Kategorie

---

Vorschlag

Vorbehaltlich Artikel 70 des Übereinkommens können in einer europäischen Patentanmeldung zwei oder mehr unabhängige Patentansprüche der gleichen Kategorie (Erzeugnis, Verfahren, Vorrichtung oder Anwendung), die nicht ohne weiteres in einem einzigen gattungsbildenden Patentanspruch wiedergegeben werden können, enthalten sein.

---

PCT-Verfahrensregelung

13.3

Vorbehaltlich der Regel 13.1 ist es zulässig, in derselben internationalen Anmeldung zwei oder mehr unabhängige Ansprüche der gleichen Kategorie (Erzeugnis, Verfahren, Vorrichtung oder Anwendung) aufzunehmen, die nicht ohne weiteres in einem einzigen gattungsbildenden Anspruch wiedergegeben werden können.



Abhängige Patentansprüche

---

Vorschlag

PCT-Verfahrensregelung

---

Vorbehaltlich Artikel 70 des Übereinkommens kann in einer europäischen Patentanmeldung eine angemessene Zahl abhängiger Patentansprüche, mit denen bestimmte Ausführungsformen der in einem unabhängigen Patentanspruch geltend gemachten Erfindung beansprucht werden, auch dann enthalten sein, wenn die Merkmale des abhängigen Patentanspruchs für sich genommen als selbständige Erfindung angesehen werden können.

13.4

Vorbehaltlich der Regel 13.1, ist es zulässig, in dieselbe internationale Anmeldung eine angemessene Zahl abhängiger Ansprüche, mit denen bestimmte Ausführungsformen der in einem unabhängigen Anspruch geltend gemachten Erfindung beansprucht werden, aufzunehmen, auch dann, wenn die Merkmale des abhängigen Anspruchs für sich genommen als selbständige Erfindung angesehen werden könnten.

Zu Artikel 70

Nummer 1

Zahl der Patentansprüche

---

Vorentwurf von 1964

---

Enthält eine europäische Patentanmeldung mehr als zehn Patentansprüche, so ist für jeden weiteren Patentanspruch die in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgesehene Gebühr zu entrichten.

Zu Artikel 71

(früher Artikel 70)

Nummer 1

Zahl der Patentansprüche

---

Vorschlag

---

(1) +

Bemerkungen:

1. Es scheint, als ob diese Vorschrift besser der Nummer 3 zu Artikel 66 zugeordnet würde.

(2) Patentansprüche im Sinne des Absatzes 1 sind auch abhängige Patentansprüche.

2. Absatz 2 wird zur Klarstellung vorgeschlagen.

Zu Artikel 74

Nummer 1

Formalitäten für die Übertragung des Prioritätsrechts

---

Vorentwurf von 1964

---

Die in Artikel 74 Absatz 1 des Abkommens genannte Erklärung hat neben den in dieser Vorschrift vorgesehenen Angaben die Angabe des Namens, der Vornamen und des Wohnsitzes oder der Bezeichnung und des Sitzes des Inhabers der Patentanmeldung, deren Priorität in Anspruch genommen wird, zu enthalten, sofern dieser mit dem Inhaber der europäischen Patentanmeldung nicht personengleich ist. In diesem Fall kann das Europäische Patentamt vom Anmelder den Nachweis seines Rechts zur Inanspruchnahme der Priorität verlangen.



Zu Artikel 75  
(früher Artikel 74)

Nummer 1

Nachweis des Rechts zur Inanspruchnahme der Priorität

---

Vorschlag

---

Ist der Anmelder mit dem Inhaber der Patentanmeldung, deren Priorität er in Anspruch nimmt, nicht personengleich, so kann das Europäische Patentamt vom Anmelder den Nachweis seines Rechts zur Inanspruchnahme der Priorität verlangen.

Bemerkung:

Der Inhalt des 1. Halbsatzes des Vorentwurfs von 1964 ist im Vorschlag zu Nummer 1 zu Artikel 66 Absatz 2 Buchstabe g enthalten.

Zu Artikel 78

---

Vorentwurf von 1964

---

Bemerkung:

In die Ausführungsordnung wird später eine Vorschrift ausgenommen werden müssen, die die Abfassung des in Artikel 78 des Abkommens vorgesehenen Berichts über den Stand der Technik betrifft, soweit die Einzelheiten dieses Berichts im Einvernehmen mit dem Internationalen Patentinstitut festgelegt worden sind. Diese Vorschrift der Ausführungsordnung wird insbesondere vorsehen müssen:

- a) welche Unterlagen dem Internationalen Patentinstitut für die Abfassung des Berichts über den Stand der Technik zugeleitet werden müssen;
- b) ob diese Unterlagen beim Internationalen Patentinstitut verbleiben oder nicht;
- c) die allgemeinen Regeln (Form und Inhalt) für die Abfassung des Berichts über den Stand der Technik;
- d) die Ermächtigung des Verwaltungsrats, die Formalitäten für den Bericht über den Stand der Technik im einzelnen festzulegen.

Zu Artikel 79  
(früher Artikel 78)

---

Vorschlag

---

Bemerkung:

Regelungen der im Vorentwurf von 1964 genannten Art sollten im Einvernehmen mit dem Internationalen Patentinstitut festgelegt werden. Dabei wird zu prüfen sein, inwieweit sie in die Ausführungsordnung und inwieweit sie in ein Verwaltungsabkommen zwischen dem Europäischen Patentamt und dem Internationalen Patentinstitut aufzunehmen sind.



Änderung der Patentansprüche und Unterlagen

---

Vorschlag

---

Bemerkung:

Es sollte geprüft werden, ob Vorschriften über die Form der Unterlagen über die nach Artikel 82 und 83 des Ersten Entwurfs zulässigen Änderungen vorgesehen werden sollen. Vgl. hierzu die Regeln 46.5 (a) und 66.8 (a) PCT-Verfahrensregelung.

46.5 (a):

Der Anmelder hat für jedes Blatt, das Ansprüche enthält und wegen Änderungen gemäß Artikel 19 von dem ursprünglich eingereichten Blatt abweicht, ein Ersatzblatt vorzulegen. In dem Begleitschreiben zu den Ersatzblättern ist auf die Unterschiede zwischen den ersetzten Blättern und den Ersatzblättern hinzuweisen. Führt eine Änderung dazu, daß eine ganze Seite entfällt, so ist die Änderung schriftlich mitzuteilen.

Zu Artikel 83

Nummer 1

Ladung

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Beabsichtigt die Prüfungsstelle, den Anmelder zu hören, so hat sie ihn zu laden, sofern er nicht auf die Ladung verzichtet.

(2) Ist der ordnungsgemäß geladene Anmelder zur Anhörung nicht erschienen, so kann die Prüfungsstelle auf seine Anhörung verzichten.

89

Zu Artikel 84  
(früher Artikel 83)

Nummer 1

Ladung

---

Vorschlag

---

(1) +

(2) +

Angaben auf der Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Unbeschadet der Vorschriften des Abkommens und der übrigen Vorschriften dieser Ausführungsordnung enthält die Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents folgende Angaben:

- a) die Nummer des Patents;
- b) den Zeitpunkt der Bekanntmachung der Erteilung des Patents;
- c) den Namen, die Vornamen oder die Bezeichnung und die Rechtsform des Inhabers sowie den Staat seines Wohnsitzes oder Sitzes;
- d) den Zeitpunkt der Einreichung der Patentanmeldung;
- e) die Symbole der Klassifikation des Patents;
- f) gegebenenfalls den Namen des als Erfinder Genannten;



Angaben auf der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

---

Vorschlag

---

(1) Unbeschadet der Vorschriften des Übereinkommens enthält die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung folgende Angaben:

- a) die Nummer der europäischen Patentanmeldung;
- b) den Zeitpunkt der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung;
- c) den Namen, die Vornamen oder die amtliche Bezeichnung des Anmelders sowie den Staat seines Wohnsitzes oder Sitzes;
- c<sup>1</sup>) die Bezeichnung der Erfindung;
- d) +
- e) die Symbole der Klassifikation der europäischen Patentanmeldung;
- e<sup>1</sup>) im Falle des Artikels 34 Absatz 2 Satz 1 des Übereinkommens die Sprache, in der die Patentanmeldung eingereicht worden ist;
- f) +

Bemerkung:

1. Der Hinweis im Obersatz des Absatzes 1 auf die übrigen Vorschriften der Ausführungsordnung ist gestrichen worden, weil in der Ausführungsordnung weitere Vorschriften über die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung nicht enthalten sind.
2. Die Aufnahme der in Buchstabe e<sup>1</sup> bezeichneten Angabe in die Patentschrift ist von der Arbeitsgruppe "Patente" der EWG-Staaten beschlossen (Ergebnisse der 8. Sitzung der Arbeitsgruppe "Patente"-Arbeitsdokument 4344/IV/63, Seite 20 letzter Satz), von dem Redaktionsausschuß jedoch nicht ausgeführt worden. Die gleiche Angabe dürfte für die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung erforderlich sein.

---

Vorentwurf von 1964

---

- g) falls eine Priorität in Anspruch genommen wird, den Zeitpunkt, die Nummer und den Staat der ersten Hinterlegung;
- h) bei Zusatzpatenten die Nummer des Hauptpatents;
- i) bei Teilpatentanmeldungen den Zeitpunkt und die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung;
- j) im Falle des Artikels 16 Absatz 3 des Abkommens den Zeitpunkt und die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung;
- k) im Falle des Artikels 24 Absatz 5 des Abkommens die Nummer der Patentanmeldung oder des Patents, zu dem die europäische Patentanmeldung oder das vorläufige europäische Patent ursprünglich in einem Zusatzverhältnis stand.

---

Vorschlag

---

g) +

- h) bei Zusatzpatentanmeldungen die Nummer der Hauptanmeldung oder des Hauptpatents;
- i) bei Teilpatentanmeldungen den Zeitpunkt und die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung oder des darauf erteilten Patents;
- j) im Falle des Artikels 16 des Übereinkommens den Zeitpunkt und die Nummer der früheren Patentanmeldung;
- k) im Falle des Artikels 21 Absatz 7 des Übereinkommens die Nummer der Patentanmeldung oder des Patents, dem die umgewandelte Zusatz-patentanmeldung ursprünglich zugeordnet war;

Vorentwurf von 1964

---

Zu Artikel 103 Nr. 1

(2) Die Patentschrift des endgültigen europäischen Patents enthält eine Liste der Veröffentlichungen, die vom Europäischen Patentamt während des Verfahrens zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents in Betracht gezogen worden sind.

Zu Artikel 85 Nr. 1

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß andere Angaben auf der Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents vermerkt werden.

---

Vorschlag

---

1) gegebenenfalls eine Liste der Veröffentlichungen, die vom Europäischen Patentamt während des Verfahrens zur Erteilung des europäischen Patents in Betracht gezogen worden sind.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung weitere Angaben enthält.

Form des Prüfungsantrags

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Der Antrag auf Prüfung des vorläufigen europäischen Patents ist schriftlich einzureichen.

(2) Der Antrag muß enthalten

- a) die Angabe des Namens, der Vornamen und des Wohnsitzes oder der Bezeichnung der Rechtsform und des Sitzes des Antragstellers;
- b) die Nummer des vorläufigen europäischen Patents, auf das sich der Antrag bezieht, sowie die Bezeichnung des Inhabers und des Gegenstands des Patents;
- c) den Namen, die Vornamen und den Geschäftssitz des Vertreters des Antragstellers, falls ein solcher bestellt ist.

(3) Ist der Antrag von einem Dritten gestellt, so soll er die Einwendungen enthalten, die der Antragsteller gegen die Gültigkeit des vorläufigen europäischen Patents vorzubringen hat, insbesondere die neuheitsschädlichen Tatsachen, die in dem Bericht über den Stand der Technik nicht erwähnt sind. Das Europäische Patentamt kann die Nachreichung der dem Antrag entsprechenden Unterlagen innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist verlangen, falls diese dem Antrag nicht beigelegt worden sind. Das Europäische Patentamt braucht Einwendungen nicht zu berücksichtigen, die im Antrag nicht enthalten sind oder für die die vom Europäischen Patentamt verlangten Unterlagen nicht rechtzeitig vorgelegt worden sind.

Form des Prüfungsantrags

---

Vorschlag

---

(1) Der Antrag auf Prüfung der europäischen Patentanmeldung ist schriftlich einzureichen.

(2) +

- a) die Angabe des Namens, der Vornamen und des Wohnsitzes oder der amtlichen Bezeichnung und des Sitzes des Antragstellers;
- b) die Nummer der europäischen Patentanmeldung, auf die sich der Antrag bezieht, sowie die Bezeichnung des Anmelders und der Erfindung;

c) +

(3) Ist der Antrag von einem Dritten gestellt, so soll er die Einwendungen enthalten, die der Antragsteller gegen die Erteilung des europäischen Patents vorzubringen hat, insbesondere die neueitsschädlichen Tatsachen, die in dem gegebenenfalls bereits erstellten Bericht über den Stand der Technik nicht erwähnt sind. Das Europäische Patentamt kann die Nachreichung der dem Antrag entsprechenden Unterlagen innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist verlangen, falls diese dem Antrag nicht beigelegt worden sind. Das Europäische Patentamt braucht Einwendungen nicht zu berücksichtigen, die im Antrag nicht enthalten sind oder für die die vom Europäischen Patentamt verlangten Unterlagen nicht rechtzeitig vorgelegt worden sind.

Bemerkung:

1. Die Änderung in Absatz 2 Buchstabe a erfolgt in Anlehnung an den Vorschlag zu Artikel 66 Nr. 1 Absatz 2 Buchstabe c Absatz 3.

2. Satz 2 und 3 sollten im Zusammenhang mit entsprechenden Bestimmungen des Einspruchsverfahrens und unter Berücksichtigung des Artikels 87 des Ersten Vorentwurfs überprüft werden.

Zurückweisung des Prüfungsantrags

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Stellt die Prüfungsabteilung fest, daß der Prüfungsantrag nicht den Vorschriften des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 88) Absätze 1 und 2 entspricht, so teilt sie dies dem Antragsteller mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die gerügten Mängel zu beseitigen.

(2) Werden die gerügten Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so weist die Prüfungsabteilung den Prüfungsantrag zurück.



Zurückweisung des Prüfungsantrags

---

Vorschlag

---

(1) Stellt das Europäische Patentamt fest, daß der Prüfungsantrag nicht den Vorschriften des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 88) Absätze 1 und 2 entspricht, so teilt es dies dem Antragsteller mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist die gerügten Mängel zu beseitigen.

(2) Werden die gerügten Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so weist das Europäische Patentamt den Prüfungsantrag zurück.

Bemerkung:

Nach den Artikeln 54, 55 und 90 des Ersten Vorentwurfs erfolgt die Prüfung und Feststellung gemäß Absatz 1 und die Zurückweisung gemäß Absatz 2 der vorliegenden Nummer je nachdem, ob der Bericht über den Stand der Technik beim Europäischen Patentamt noch nicht eingegangen ist oder bereits eingegangen ist, durch die Prüfungsstelle oder Prüfungsabteilung. Im Hinblick auf diese Zuständigkeitsregelung ist im Vorschlag davon abgesehen worden, das mit der formellen Prüfung des Prüfungsantrags befaßte Organ zu bezeichnen, zumal nach der Bemerkung zu den Artikeln 54 und 55 des Ersten Vorentwurfs in den Schlußbestimmungen des Ersten Vorentwurfs ein vereinfachtes Verfahren für die Revision dieser Artikel vorgesehen werden soll.

Fortsetzung des Verfahrens zur Erteilung des  
europäischen Patents von Amts wegen

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Stirbt ein Dritter, der Beteiligter im Sinne des Artikels 96 Absatz 2 des Abkommens ist, oder verliert er seine Handlungsfähigkeit, so wird das Verfahren zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents auch ohne die Beteiligung der Erben oder der gesetzlichen Vertreter von Amts wegen fortgesetzt.

(2) Ist ein Prüfungsantrag von einem Dritten gestellt worden, der im Zeitpunkt der Antragstellung handlungsunfähig oder entgegen der Vorschrift des Artikels 172 Absatz 2 Satz 1 des Abkommens nicht vertreten war, und hat die Prüfung des vorläufigen europäischen Patents bereits begonnen, so wird das Bestätigungsverfahren von Amts wegen fortgesetzt. Die bereits vorgenommenen Verfahrenshandlungen gelten als wirksam.

Fortsetzung des Erteilungsverfahrens im Falle des  
unwirksamen Prüfungsantrags eines Dritten

---

Vorschlag

---

- entfällt -

(1) Ist ein Prüfungsantrag von einem Dritten gestellt worden, der im Zeitpunkt der Antragstellung handlungsunfähig oder entgegen der Vorschrift des Artikels ... des Übereinkommens nicht vertreten war, und hat das Europäische Patentamt den Mangel der Wirksamkeit des Antrags nach Beginn der Prüfung der europäischen Patentanmeldung festgestellt, so wird das Erteilungsverfahren von Amts wegen fortgesetzt. Die bereits vorgenommenen Verfahrenshandlungen gelten als wirksam.

Bemerkung:

1. Absatz 1 des Vorentwurfs von 1964 ist gegenstandslos, weil gemäß Artikel 93 Absatz 1 Satz 2 des Ersten Vorentwurfs nur der Anmelder am Erteilungsverfahren beteiligt ist.
2. Die in Absatz 1 Satz 1 vorgeschlagene Änderung hat, soweit sie sich nicht aus dem Fortfall des vorläufigen europäischen Patents ergibt, nur redaktionelle Bedeutung. Sie soll der Klarstellung dienen und insbesondere den Unterschied zwischen den Absätzen 1 und 2 des Vorschlags hervorheben.
3. Absatz 1 Satz 1 zweiter Fall (nicht vertreten) des Vorschlags ist eine Ausnahme von der in Artikel 172 Absatz 3 Satz 2 der Abkommensvorentwürfe von 1962/65 vorgesehenen Sanktion, von dessen Übernahme in den Ersten Vorentwurf ausgegangen wird.

---

Vorentwurf von 1964

---

(3) Ist ein Prüfungsantrag, der von einem Dritten unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 eingereicht worden ist, vor Ablauf der in Artikel 88 Absatz 2 des Abkommens vorgesehenen Frist dem Patentinhaber mitgeteilt oder im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht worden und hat das Europäische Patentamt den Mangel der Wirksamkeit des Antrags vor Beginn der Prüfung des vorläufigen europäischen Patents festgestellt, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Patentinhaber mit. Ist diese Mitteilung nach Ablauf der genannten Frist bewirkt worden, so kann der Patentinhaber in Abweichung von den Vorschriften des Artikels 88 Absatz 2 des Abkommens einen Prüfungsantrag einreichen. Dieser gilt als am Tag des Eingangs des früheren Prüfungsantrags gestellt. Die bereits vorgenommenen Verfahrenshandlungen gelten als wirksam.

---

Vorschlag

---

(2) Ist ein Prüfungsantrag, der von einem Dritten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 eingereicht worden ist, vor Ablauf der in Artikel 88 Absatz 2 des Übereinkommens vorgesehenen Frist dem Anmelder mitgeteilt oder im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht worden und hat das Europäische Patentamt den Mangel der Wirksamkeit des Antrags vor Beginn der Prüfung der europäischen Patentanmeldung festgestellt, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Anmelder mit. Ist diese Mitteilung nach Ablauf der genannten Frist bewirkt worden, so kann der Anmelder in Abweichung von den Vorschriften des Artikels 88 Absatz 2 des Übereinkommens einen Prüfungsantrag bis zum Ablauf von zwei Monaten nach der Mitteilung einreichen. Dieser gilt als am Tag des Eingangs des früheren Prüfungsantrags gestellt. Die bereits vorgenommenen Verfahrenshandlungen gelten als wirksam.

Bemerkung:

4. In Absatz 2 Satz 2 des Vorschlags ist eine Frist aufgenommen worden, um zu verhindern, daß der Anmelder unbegrenzt Zeit hat, den Prüfungsantrag nachzureichen.

Ladung

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Beabsichtigt die Prüfungsabteilung, einen Beteiligten zu hören, so hat sie ihn zu laden. Jedoch kann der Beteiligte auf die Ladung verzichten, wenn andere Beteiligte am Verfahren nicht vorhanden sind.

(2) Den übrigen Beteiligten wird der Termin der Anhörung mitgeteilt. Sie können an der Anhörung teilnehmen.

(3) Ist ein ordnungsgemäß geladener Beteiligter zur Anhörung nicht erschienen, so kann die Prüfungsabteilung auf seine Anhörung verzichten.

Ladung

---

Vorschlag

---

(1) Beabsichtigt die Prüfungsabteilung, den Anmelder zu hören, so hat sie ihn zu laden, sofern er nicht auf die Ladung verzichtet.

- entfällt -

(2) Ist der ordnungsgemäß geladene Anmelder zur Anhörung nicht erschienen, so kann die Prüfungsabteilung auf seine Anhörung verzichten.

Bemerkung:

1. Der Erste Vorentwurf regelt die Anhörung vor der Prüfungsstelle im Verfahren bis zur Stellung des Prüfungsantrags in Artikel 84 und die Anhörung vor der Prüfungsabteilung im Einspruchsverfahren in Artikel 106. Im Ersten Vorentwurf fehlt jedoch eine Vorschrift über die Anhörung vor der Prüfungsabteilung im Erteilungsverfahren. Es wird davon ausgegangen, daß die Arbeitsgruppe I auf ihrer 5. Sitzung eine solche Vorschrift in enger Anlehnung an Artikel 84 schafft und sie entsprechend der Stellung der Artikel 84 und 106 als Artikel 97a einordnet. Zu diesem durch ... gekennzeichneten Artikel des Ersten Vorentwurfs wird die vorliegende Nummer in enger Anlehnung an Nummer 1 zu Artikel 84 vorgeschlagen.
2. Die im Vorschlag vorgenommenen Änderungen gegenüber dem Vorentwurf von 1964 ergeben sich aus dem Fortfall der Beteiligung Dritter am Erteilungsverfahren. Vgl. Artikel 93 Absatz 1 Satz 2 des Ersten Vorentwurfs.

Angaben auf der Patentschrift des  
endgültigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1964

(1) Die Vorschriften des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 85) finden auf die Patentschrift des endgültigen europäischen Patents entsprechende Anwendung; diese Patentschrift enthält im übrigen die Angabe des Zeitpunkts der Bekanntmachung der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent.

Angaben auf der Patentschrift des  
vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1964

(1) Unbeschadet der Vorschriften des Abkommens und der übrigen Vorschriften dieser Ausführungsordnung enthält die Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents folgende Angaben:

- a) die Nummer des Patents;
- b) den Zeitpunkt der Bekanntmachung der Erteilung des Patents;
- c) den Namen, die Vornamen oder die Bezeichnung und die Rechtsform des Inhabers sowie den Staat seines Wohnsitzes oder Sitzes;
- d) den Zeitpunkt der Einreichung der Patentanmeldung;
- e) die Symbole der Klassifikation des Patents;
- f) gegebenenfalls den Namen des als Erfinder Genannten;
- g) falls eine Priorität in Anspruch genommen wird, den Zeitpunkt, die Nummer und den Staat der ersten Hinterlegung;
- h) bei Zusatzpatenten die Nummer des Hauptpatents;



Angaben auf der Patentschrift des europäischen Patents

---

Vorschlag

---

(1) Unbeschadet der Vorschriften des Übereinkommens enthält die Patentschrift des europäischen Patents folgende Angaben:

- a) +
- b) +
- c) den Namen, die Vornamen oder die amtliche Bezeichnung des Inhabers sowie den Staat seines Wohnsitzes oder Sitzes;
- c<sup>1</sup>) die Bezeichnung der Erfindung;
- d) +
- d<sup>1</sup>) den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Patentanmeldung;
- e) +
- e<sup>1</sup>) im Falle des Artikels 34 Absatz 2 Satz 1 des Übereinkommens die Sprache, in der die Patentanmeldung eingereicht worden ist.
- f) +
- g) +
- h) +

Bemerkung:

Der Wortlaut der Buchstaben a - 1 des vorgeschlagenen Absatzes 1 ist den Vorschlägen zu Artikel 59 Nummer 1 Absatz 2 (Angaben im europäischen Patentregister) und zu Artikel 86 Nummer 1 Absatz 1 (Angaben bei der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung) angeglichen worden. Vgl. diese Vorschläge und die Bemerkungen dazu.

Vorentwurf von 1964

Vorentwurf von 1964

- i) bei Teilpatentanmeldungen den Zeitpunkt und die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung;
- j) im Falle des Artikels 16 Absatz 3 des Abkommens den Zeitpunkt und die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung;
- k) im Falle des Artikels 24 Absatz 5 des Abkommens die Nummer der Patentanmeldung oder des Patents, zu dem die europäische Patentanmeldung oder das vorläufige europäische Patent ursprünglich in einem Zusatzverhältnis stand.

(2) Die Patentschrift des endgültigen europäischen Patents enthält eine Liste der Veröffentlichungen, die vom Europäischen Patentamt während des Verfahrens zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents in Betracht gezogen worden sind.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß andere Angaben auf der Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents vermerkt werden.

---

Vorschlag

---

- i) bei Patenten, die auf Teilanmeldungen erteilt worden sind, den Zeitpunkt und die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung oder des darauf erteilten Patents;
- j) im Falle des Artikels 16 des Übereinkommens den Zeitpunkt und die Nummer der früheren Patentanmeldung;
- k) im Falle des Artikels 21 Absatz 7 des Übereinkommens die Nummer der Patentanmeldung oder des Patents, dem (oder der) die umgewandelte (Zusatz) Patentanmeldung, auf die das selbständige Patent erteilt worden ist, ursprünglich zugeordnet war;
- l) eine Liste der Veröffentlichungen, die vom Europäischen Patentamt während des Verfahrens zur Erteilung des Patents in Betracht gezogen worden sind.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß andere Angaben auf der Patentschrift des europäischen Patents vermerkt werden.

Ausstellung von Doppelstücken der amtlichen Urkunde über das  
europäische Patent

---

Vorentwurf von 1964

---

Der Inhaber eines europäischen Patents kann verlangen, daß ihm gegen Entrichtung der in der Gebührenordnung zum Abkommen vorgeschriebenen Gebühr Doppelstücke der amtlichen Urkunden ausgestellt werden.

Ausstellung von Ausfertigungen der Urkunde über das europäische Patent

---

Vorschlag

---

Der Inhaber eines europäischen Patents kann verlangen, daß ihm gegen Entrichtung der in der Gebührenordnung zum Übereinkommen vorgeschriebenen Gebühr Ausfertigungen der Urkunde über das europäische Patent ausgestellt werden.

Bemerkung:

Die Bezeichnung der Urkunde als amtlich ist in den Vorschlag nicht mit aufgenommen worden, weil sie in Artikel 99 des Ersten Vorentwurfs nicht verwendet worden ist.



Die Vorschriften zu den das Einspruchsverfahren betreffenden  
Artikeln 101 - 107 sind zurückgestellt worden

Inhalt in der Beschwerde und der Beschwerdebegründung

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) die Beschwerde muß enthalten:

- a) die Bezeichnung der Entscheidung, gegen die die Beschwerde gerichtet wird;
- b) die Erklärung, daß gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt wird.

(2) Die Beschwerdebegründung muß angeben:

- a) in welchem Umfang die Entscheidung angefochten wird;
- b) die Gründe, aus denen die Abänderung oder Aufhebung der Entscheidung begehrt wird.



Inhalt der Beschwerde und der Beschwerdebegründung

---

Vorschlag

---

(1) +

a) +

b) +

(2) +

a) +

b) +

Rückzahlung der Beschwerdegebühr

---

Vorentwurf von 1964

---

Die Rückzahlung der Beschwerdegebühr wird angeordnet, wenn der Beschwerde abgeholfen oder ihr durch die Beschwerdekammer stattgegeben wird und die Rückzahlung wegen eines wesentlichen Verfahrensmangels der Billigkeit entspricht. Die Rückzahlung wird, falls der Beschwerde abgeholfen wird, von der Stelle, deren Entscheidung angefochten wurde, in den übrigen Fällen von der Beschwerdekammer angeordnet.

Zu Artikel 112  
(früher Artikel 109)  
Nummer 1

Rückzahlung der Beschwerdegebühr

---

Vorschlag

---

+

Stellungnahme der Beteiligten

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die Beschwerdekammer übersendet die Beschwerde und die Beschwerdebegründung den neben dem Beschwerdeführer am Beschwerdeverfahren Beteiligten und fordert sie auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu der Beschwerde Stellung zu nehmen.

(2) Die Beschwerdekammer teilt die Stellungnahmen den übrigen Beteiligten mit.

(3) Die Beschwerdekammer kann die Beteiligten jederzeit auffordern, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist weitere Stellungnahmen abzugeben.

Stellungnahme der Beteiligten

---

Vorschlag

---

(1) +

Bemerkung:

Die Verpflichtung, eine zur Übermittlung gemäß Absatz 1 1. Halbsatz und Absatz 2 ausreichende Anzahl von Schriftstücken beim Europäischen Patentamt einzureichen, und die Sanktion für die Nichterfüllung dieser Verpflichtung sind in Absatz 2 Satz 2 und 3 der Nr. 8 zu Artikel 66 geregelt.

(2) +

(3) +

Verzicht auf die Beteiligung am Verfahren

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die am Beschwerdeverfahren Beteiligten mit Ausnahme des Beschwerdeführers und des Patentinhabers können jederzeit auf ihre Beteiligung am Beschwerdeverfahren verzichten. Der Verzicht ist dem Europäischen Patentamt zu erklären; er ist unwiderruflich. Gibt ein am Beschwerdeverfahren Beteiligter mit Ausnahme des Patentinhabers innerhalb der in Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 110) Absatz 1 genannten Frist keine Stellungnahme ab, so gilt dies als Verzicht auf seine Beteiligung am Beschwerdeverfahren.

(2) Die nach dem Verzicht eines Beteiligten erwachsenen Kosten des Verfahrens können diesem gemäß Artikel 165 Absatz 1 des Abkommens nur in dem Umfang auferlegt werden, in dem sie dieser Beteiligte verursacht hat.

Verzicht auf die Beteiligung am Verfahren

---

Vorschlag

---

(1) + (Nummer 1 zu Artikel 113)

Bemerkung:

1. Diese Vorschrift dürfte derzeit nur auf das Einspruchsverfahren anzuwenden sein. Absatz 1 sollte erneut überprüft werden, wenn die Arbeitsgruppe I eine dem Artikel 162 der Abkommensvorentwürfe von 1962/65 entsprechende Vorschrift über das Akteneinsichtsverfahren ausgearbeitet hat. Es könnte dann erforderlich sein, in den Sätzen 1 und 3 vor dem Wort "Patentinhaber" jeweils "Anmelder oder" hinzuzufügen, sofern er vom Europäischen Patentamt darauf hingewiesen worden ist.

(2) + (Artikel ... des Übereinkommens)

2. Die Artikel 165 der Abkommensvorentwürfe von 1962/65 entsprechende Vorschrift über die Kosten im Beschwerdeverfahren ist von der Arbeitsgruppe I noch nicht ausgearbeitet worden.

Ertsprechende Anwendung bestimmter Vorschriften

---

Vorentwurf von 1964

---

Soweit im Abkommen oder in dieser Ausführungsordnung nichts anderes bestimmt ist, finden die Vorschriften für das Verfahren zur Erteilung und Bestätigung europäischer Patente im Beschwerdeverfahren insoweit entsprechende Anwendung, als die Anwendung dieser Vorschriften mit der Natur des Beschwerdeverfahrens vereinbar ist.



Entsprechende Anwendung bestimmter Vorschriften

---

Vorschlag

---

Soweit im Übereinkommen oder in dieser Ausführungsordnung nichts anderes bestimmt ist, sind die Vorschriften für das Verfahren bis zur Stellung des Prüfungsantrags und das Erteilungsverfahren im Beschwerdeverfahren insoweit entsprechend anzuwenden, als die Anwendung dieser Vorschriften mit der Natur des Beschwerdeverfahrens vereinbar ist.

Ladung

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Zur mündlichen Verhandlung werden die Beteiligten geladen.

(2) Ist ein ordnungsgemäß geladener Beteiligter zur mündlichen Verhandlung nicht erschienen, so kann ohne ihn verhandelt und entschieden werden.

Ladung

---

Vorschlag

---

(1) +

(2) +

Ablauf der mündlichen Verhandlung

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Der Vorsitzende eröffnet und leitet die mündliche Verhandlung; ihm obliegt die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung.

(2) Der Vorsitzende hat die Sache mit den Beteiligten und deren Vertreter tatsächlich und rechtlich zu erörtern. Die übrigen Mitglieder der Beschwerdekammer können an die Beteiligten und deren Vertreter Fragen richten.

(3) Nach Erörterung der Sache erklärt der Vorsitzende die mündliche Verhandlung für geschlossen. Die Beschwerdekammer kann die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung anordnen.

Bemerkung: Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften

- Artikel 56 § 1: (1) +

- Artikel 57: Der Präsident kann in der Verhandlung Fragen an die Bevollmächtigten, Beistände oder Anwälte der Parteien richten. Die gleiche Befugnis steht den übrigen Richtern und dem Generalanwalt zu.

- Artikel 59 § 2: Nach den Schlußanträgen erklärt der Präsident die mündliche Verhandlung für geschlossen.

- Artikel 61: Der Gerichtshof kann die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung anordnen.

Ablauf der mündlichen Verhandlung

---

Vorschlag

---

(1) +

Bemerkung:

Diese Vorschriften sind an die auf der linken Seite wiedergegebenen Artikel 56 § 1, 57, 59 § 2 und 61 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 3. März 1959 angelehnt.

(2) +

(3) +

Verkündung der Entscheidung der Beschwerdekammer

---

Vorentwurf von 1964

---

Die Entscheidung der Beschwerdekammer kann, wenn eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat, in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, verkündet werden.

Verkündung der Entscheidung der Beschwerdekammer

---

Vorschlag

---

+ [kann]

Bemerkung:

Es sollte geprüft werden, ob das Wort "kann"  
durch "soll" ersetzt werden soll.

Form der Entscheidung der Beschwerdekammer

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) Die Entscheidung ist von den Mitgliedern der Beschwerdekammer, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Ist ein Mitglied verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrunds von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Mitglied unter der Entscheidung vermerkt. Dieser Vermerk ersetzt die Unterschrift.

(2) Die Entscheidung enthält:

- a) die Feststellung, daß sie von der Beschwerdekammer erlassen ist;
- b) gegebenenfalls den Tag der Verkündung;
- c) die Namen des Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Beschwerdekammer, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben;
- d) die Bezeichnung der Beteiligten, ihrer gesetzlichen Vertreter und Bevollmächtigten nach Namen, Wohnsitz und ihrer Stellung im Verfahren;
- e) die Anträge der Beteiligten;
- f) eine kurze Darstellung des Sachverhalts;
- g) die Entscheidungsgründe;
- h) die Formel der Entscheidung, gegebenenfalls einschließlich der Entscheidung über die Kosten.



Form der Entscheidung der Beschwerdekammer

Vorschlag	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
(1) +	
(2) +	<u>Artikel 63</u>
<u>Bemerkung:</u> Absatz 2 ist an den auf der linken Seite wiedergegebenen Artikel 63 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 3. März 1959 angelehnt.	<ul style="list-style-type: none"><li>- die Feststellung, daß es vom Gerichtshof erlassen ist;</li><li>- den Tag der Verkündung;</li><li>- die Namen des Präsidenten und der übrigen Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben;</li><li>- den Namen des Generalanwalts;</li><li>- den Namen des Kanzlers;</li><li>- die Bezeichnung der Parteien;</li><li>- die Namen der Bevollmächtigten, Beistände oder Anwälte;</li><li>- die Anträge der Parteien;</li><li>- die Feststellung, daß der Generalanwalt gehört worden ist;</li><li>- eine kurze Darstellung des Sachverhalts;</li><li>- die Entscheidungsgründe;</li><li>- die Urteilsformel einschließlich der Entscheidung über die Kosten</li></ul>
a) +	
b) +	
c) +	
d) +	
e) +	
f) +	
g) +	
h) +	

Jahresgebühren für selbständig gewordene Zusatzpatente

---

Vorentwurf von 1964

---

(1) ...

(2) Für ein europäisches Zusatzpatent, das gemäß Artikel 24 Absatz 5 des Abkommens in ein selbständiges europäisches Patent umgewandelt wird, sind die in Artikel 119 des Abkommens vorgesehenen Jahresgebühren zu entrichten, die nach dem Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung zu entrichten gewesen wären, wenn das Patent von Anfang an unabhängig gewesen wäre. Die Jahresgebühren sind spätestens vier Monate nach dem Eingang der Umwandlungserklärung beim Europäischen Patentamt zu entrichten.

Jahresgebühren für selbständig gewordene Zusatzpatentanmeldungen

---

Vorschlag

---

- entfällt; s. Artikel 129 Absatz 3 Satz 2 des Übereinkommens -

Für eine europäische Zusatzpatentanmeldung, die in eine selbständige Patentanmeldung umgewandelt worden ist oder gemäß Artikel 88 Absatz 4 des Übereinkommens als Anmeldung eines selbständigen Patents gilt, sind die Jahresgebühren für die zurückliegenden Jahre innerhalb einer Frist von vier Monaten zu entrichten. Im Falle der Umwandlung beginnt die Frist nach dem Eingang der Umwandlungserklärung beim Europäischen Patentamt; im Falle des Artikels 88 Absatz 4 Satz 2 des Übereinkommens beginnt sie nach Ablauf der in Artikel 88 Absatz 4 Satz 1 des Übereinkommens genannten Frist. Artikel 130 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens ist anzuwenden.

Jahresgebühren für europäische Teilpatente

---

Vorentwurf von 1964

---

Die Vorschriften des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 120) Absatz 2 finden auf die weiteren durch die Teilung eines vorläufigen europäischen Patents entstehenden Patente entsprechende Anwendung.

Jahresgebühren für europäische Teilanmeldungen

---

Vorschlag

---

Die Jahresgebühren für eine europäische Teilanmeldung sind innerhalb einer Frist von vier Monaten nach ihrer Einreichung zu entrichten.

Bemerkung:

Wegen Artikel 81 Absatz 4 Satz 1 und Artikel 129 des Übereinkommens dürfte es nicht erforderlich sein, hier den Grundsatz festzulegen, daß für Teilanmeldungen nachträglich Jahresgebühren erhoben werden.



---

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"  
der Arbeitsgruppe I

ANLAGEN I und II  
zum Dokument BR/GT I/52/70





Zu Artikel 68

Nummer 1

Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung

(1) Der Antrag auf Erteilung des europäischen Patents ist schriftlich auf besonderem Blatt unter Verwendung kräftigen weißen Papiers im Format von 29 bis 34 cm mal 20 bis 22 cm einzureichen.

(2) Der Antrag muß enthalten:

- a) die Angabe des Namens, der Vornamen und des Wohnsitzes oder der Bezeichnung, der Rechtsform und des Sitzes des Anmelders sowie seine Staatsangehörigkeit;
- b) die Angabe des Namens, der Vornamen und des Geschäftssitzes des Vertreters des Anmelders, falls ein solcher bestellt ist;
- c) eine Bezeichnung der Erfindung, die kurz und genau ist und keine Phantasiebezeichnung enthält;
- d) gegebenenfalls eine Erklärung, daß mit der Anmeldung die Erteilung eines Zusatzpatents begehrt wird oder daß es sich um eine Teilanmeldung handelt. In diesem Fall sind im Antrag die Nummer der Patentanmeldung oder des Patents anzugeben, auf welche sich die Anmeldung bezieht;
- e) im Falle des Artikels 16 Absatz 3 des Abkommens die Nummer der ursprünglichen Patentanmeldung oder des ursprünglichen Patents;
- f) bei Vorhandensein mehrerer Anmelder und Fehlen eines gemeinsamen Vertreters die Anschrift, an die die amtlichen Mitteilungen zu richten sind;
- g) die Unterschrift des Anmelders oder des Vertreters;
- h) eine Aufstellung der dem Antrag beigelegten Anlagen.

Zu Artikel 68

Nummer 2

Form der Beschreibung

- (1) Die Beschreibung der Erfindung ist in drei Stücken einzureichen.
- (2) Die Beschreibung ist einseitig auf einem oder mehreren Blättern kräftigen weißen Papiers im Format von 29 bis 34 cm Höhe und 20 bis 22 cm Breite zu schreiben; die Blätter sind so miteinander zu verbinden, daß sie getrennt und wieder verbunden werden können, ohne daß sich daraus beim Lesen Schwierigkeiten ergeben; die Seiten sind zu numerieren.
- (3) Die Beschreibung ist mittels dunkler und haltbarer Tinte oder Farbe in Hand- oder Maschinenschrift, Lithographie oder Druck auszuführen und muß leicht lesbar sein.
- (4) Die Beschreibung ist wie folgt abzufassen:
- a) auf jedem Blatt ist links ein etwa 3 bis 4 cm breiter Rand und auf der ersten Seite oben sowie auf der letzten Seite unten ein Raum von etwa 8 cm freizulassen;
  - b) im Kopf der Beschreibung sind der Name und die Vornamen oder die Bezeichnung und die Rechtsform des Anmelders sowie die Bezeichnung der Erfindung anzugeben;
  - c) zwischen den Zeilen ist genügend Raum zu lassen, um Berichtigungen einfügen zu können;
  - d) die Beschreibung darf, abgesehen von graphisch dargestellten Formeln, keine Zeichnungen enthalten;
  - e) Gewichts- und Maßangaben haben nach dem metrischen System, Temperaturangaben in Grad Celsius, Dichteangaben als spezifisches Gewicht zu erfolgen; für elektrische Maßeinheiten sind die in der internationalen Praxis anerkannten Regeln zu beachten und bei chemischen Formeln die Zeichen der Elemente, die Atomgewichte und die Molekularformeln zu benutzen, die allgemein verwendet werden;
  - f) in der Beschreibung sind Radierungen, Änderungen und Überschreibungen möglichst zu vermeiden; soweit sie vorhanden sein sollten, sind sie am Rand zu vermerken oder am Ende der Beschreibung aufzuführen; sie sind abzuzeichnen; sie müssen auf allen Stücken in gleicher Weise vorgenommen werden.

Zu Artikel 68

Nummer 3

Inhalt der Beschreibung

(1) Die Beschreibung muß übersichtlich geordnet, sprachlich richtig und knapp abgefaßt sein. Sie ist in unpersönlicher Form zu halten.

(2) In der Beschreibung sind soweit wie möglich anzugeben:

- a) das genaue technische Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht;
- b) der Stand der Technik auf dem betreffenden Gebiet;
- c) das Ergebnis, das mit der Erfindung erreicht werden soll;
- d) die Mittel im einzelnen, die verwendet werden, um zu diesem Ergebnis zu gelangen, und gegebenenfalls eine Erläuterung dieser Mittel durch ein oder mehrere Ausführungsbeispiele, wobei die bereits bekannten von den neuen Einzelheiten klar zu unterscheiden sind;
- e) die Möglichkeiten der gewerblichen Verwertung der Erfindung.

Zu Artikel 68

Nummer 4

Form und Inhalt der Patentansprüche

(1) Die Patentansprüche geben die Merkmale der zu schützenden Erfindung wieder. Zu jedem Patentanspruch, der die wesentlichen Merkmale der Erfindung wiedergibt, können ein oder mehrere Patentansprüche aufgestellt werden, die sich auf die Besonderheiten der Ausführung dieser Erfindung beziehen, sofern diese nicht offensichtlich selbstverständlich sind.

(2) Sind in einer Anmeldung mehrere Patentansprüche aufgeführt, so sind sie fortlaufend mit arabischen Ziffern zu bezeichnen.

(3) Die Patentansprüche dürfen keine allgemeinen Hinweise auf die Beschreibung oder die Zeichnungen, z.B. "wie beschrieben" oder "wie gezeichnet", enthalten. Jedoch dürfen sie, soweit erforderlich, Hinweiszeichen auf die Zeichnungen oder auf die Formeln enthalten.

(4) Die Vorschriften der Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 68) und ... (Nummer 3 zu Artikel 68) finden auf die Form und den Inhalt der Patentansprüche entsprechende Anwendung.

(5) Kein Patentanspruch darf einen Gegenstand enthalten, der nicht in der Beschreibung aufgeführt ist.

Bemerkung:

Die Vorschriften des Absatzes 4 sind nur dann erforderlich, wenn der Artikel 70 des Abkommens dahin geändert wird, daß die Patentansprüche nicht als Teil der Beschreibung angesehen werden.

Zu Artikel 68

Nummer 5

Form der Zeichnungen

(1) Die Zeichnungen sind in drei Stücken einzureichen.

(2) Jedes Blatt der Zeichnungen muß ein Format von 29 bis 34 cm Höhe und 21 cm - ausnahmsweise 42 cm - Breite haben; bei Benutzung des Formats von 21 cm Breite darf die benutzte Fläche 25,7 cm mal 17 cm und bei Benutzung des Formats von 42 cm Breite 25,7 mal  $\sqrt{35,5}$  cm nicht überschreiten.

(3) Die Zeichnungen sind wie folgt auszuführen:

- a) ein Stück der Zeichnungen ist auf einem oder mehreren Blättern aus durchsichtigem, biegsamem, widerstandsfähigem und mattem Material auszuführen. Die beiden anderen Stücke sind auf kräftigem, glattem und mattem weißen Papier auszuführen; diese letztgenannten Stücke können aus guten lithographischen Abzügen bestehen. Ist das Stück auf durchsichtigem und biegsamem Material im Wege eines Druckverfahrens hergestellt, so können die beiden Überstücke mit demselben Klischee gedruckt werden. Die drei Stücke müssen einander genau entsprechen;
- b) die Zeichnungen sind in allen Teilen mit dunklen, möglichst schwarzen dauerhaften Strichen ohne Farben oder Farbtuschen auszuführen und müssen sich zur klaren photographischen Wiedergabe oder zur Wiedergabe ohne Zwischenstufen auf Stereotypplatte eignen;
- c) Schnitte sind durch Schrägschraffierung zu kennzeichnen; diese darf die klare Erkennbarkeit der Hinweiszeichen und Hinweislinien nicht beeinträchtigen;
- d) der Maßstab der Zeichnungen richtet sich nach dem Grad der Kompliziertheit der Abbildungen; er ist so zu halten, daß eine photographische Wiedergabe unter linearer Verkleinerung auf zwei Drittel das mühelose Erkennen aller Einzelheiten gestattet; wird der Maßstab auf der Zeichnung erwähnt, so hat dies zeichnerisch und nicht schriftlich zu geschehen;

Zu Artikel 68

(Fortsetzung)

Nummer 5

- e) die einzelnen Abbildungen sind klar voneinander zu trennen, auf einer möglichst geringen Anzahl von Blättern unterzubringen und fortlaufend ohne Rücksicht auf die Seitenzahl zu numerieren;
- f) alle Ziffern, Buchstaben und Hinweiszeichen in den Zeichnungen müssen einfach und klar sein; die Buchstaben und Ziffern müssen mindestens 0,32 cm hoch sein. Die verschiedenen Teile der Abbildungen sind, soweit es für das Verständnis der Beschreibung erforderlich ist, überall mit denselben Hinweiszeichen, die mit denen der Beschreibung übereinstimmen, zu bezeichnen;
- g) die Zeichnungen dürfen keine Erläuterungen enthalten, ausgenommen Angaben wie "Wasser", "Dampf", "Schnitt nach AB", "offen", "zu", und bei elektrischen Blockschaltbildern und Diagrammen, die den Ablauf eines Verfahrens schematisch wiedergeben, zu ihrem Verständnis ausreichende Angaben;
- h) jedes Blatt der Zeichnungen hat am Rand den Namen oder die Bezeichnung des Anmelders und die Gesamtzahl der Blätter mit der Nummer des betreffenden Blatts zu tragen.

(4) Die Zeichnungen sind ohne Falten oder Brüche, die der photographischen Wiedergabe abträglich sind, einzureichen.

Konkordanzliste  
der Vorschriften des Vorentwurfs von 1964 und  
der neuen Vorschläge

( zu Artikel 66 )







Vorschläge	Vorentwurf von 1964
<u>Zu Artikel 66 Nr. 5</u>	- -
<u>Zu Artikel 66 Nr. 5</u>	<u>Zu Artikel 68</u>
(1)	Nr. 2 (1) Nr. 5 (1)
(2)	Nr. 5 (4)
(3)	Nr. 2 (2), 5 (2) und 5 (3) a
(4)	Nr. 2 (2)
(5)	Nr. 2 (4) a und Nr. 5 (2)
(6)	-
(7)	Nr. 2 (2) und Nr. 5 (2) h
(8)	-
(9)	Nr. 2 (3)
(10)	Nr. 2 (4) d und 4 (4)
(11)	Nr. 2 (4) e und 4 (4)
(12)	-
(13)	Nr. 2 (4) f und 4 (4)